

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ VOR DEN TARIFRUNDEN 2008

Erwachen aus der Verzichtshaltung?

Die bevorstehenden Tarifrunden 2008 sind mit einem deutlichen Signal eingeleitet worden. Die Gewerkschaft Deutscher Lokführer hat eine Erhöhung der Entgelte und eine Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt und damit die Verschlechterungen der vergangenen Jahre teilweise rückgängig gemacht. Das Ergebnis steht der Zielsetzung von Regierung und Unternehmern entgegen – aber vor den anstehenden Landtagswahlen hat der Stimmungswandel in der lohnabhängigen Bevölkerung Wirkung gezeigt.

Unter den Lohnabhängigen ist angesichts des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs der Unwille darüber gewachsen, wie sie abgehängt werden. Das Politiker-Gerede »Der Aufschwung kommt bei den Menschen an« steht in einem krassen Missverhältnis zu deren Erfahrungen. Spürbar gestiegenen Lebenshaltungskosten und dem eigenen Verzicht, um den Arbeitsplatz zu erhalten, stehen Riesengewinne der Konzerne und eine Explosion der Managergehälter gegenüber. Was sich an Unmut über den erfahrenen Sozialabbau angestaut hat, brach sich Bahn als Sympathie für die, die nicht mehr verzichten wollen und die Auseinandersetzung aufnehmen. Der Kampf der GDL fand deshalb die Zustimmung einer großen Mehrheit in der Bevölkerung.

Weckten die Forderungen der GDL die Sympathie der Lohnabhängigen, so warnten die Führungen anderer Gewerkschaften und diskreditierten die GDL. Sich dem Erhalt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung politisch verpflichtet fühlend und sozialpartnerschaftlich mit den Unternehmern verbunden, predigen sie der arbeitenden Bevölkerung Verzicht, um die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu erhalten und den »Standort Deutschland« damit zu sichern. Das kämpferische Auftreten der GDL passt nicht in die Politik der Gewerkschaftsführungen, die Kämpfe außerhalb ihrer Kontrolle nicht dulden wollen.

Angesichts der Unzufriedenheit sahen sich die Gewerkschaftsführungen unter dem Druck ihrer Mitglieder gezwungen, deutlich höhere Lohnforderungen als in den vergangenen Jahren aufzustellen. Als erster musste sich Detlef Wetzels, in der IGM verantwortlich für die Stahlindustrie, der Tarifkommission beugen und eine Forderung von acht Prozent zulassen. Bei den großen Energiekonzernen fordern ver.di, IG Metall und IG BCE ebenfalls acht Prozent. Das »Handelsblatt« sieht bei einer solchen Forderung von ver.di und dbb im Öffentlichen Dienst eine »echte Kampfansage«

an den Staat, da der Personalkostenanteil im Öffentlichen Dienst doch sinken müsse. Regionale ver.di-Gliederungen erhoben zum Teil noch höhere Forderungen. So sollen beispielsweise die Löhne der Beschäftigten im Nahverkehr der Hauptstadt – bei der BVG und deren ausgegliederter Tochter »Berlin Transport« – um acht bzw. zwölf Prozent erhöht werden. Die Verhandlungen darüber begannen am 17. Januar. In der Chemiebranche werden bis zu sieben Prozent, im Kfz-Handwerk fünf Prozent gefordert. Die Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie beginnt erst in der zweiten Jahreshälfte. Dass aber die Durchsetzung von höheren Lohnforderungen etwas ganz anderes ist, als deren Aufstellung, wird sich bald herausstellen (siehe Artikel: 8-Prozent-Forderung im Öffentlichen Dienst: Schwierige Tarifrunde steht bevor).

Nicht nur die Gewerkschaftsvorstände, auch die Regierungsparteien stehen unter dem Eindruck des Stimmungswechsels in der Bevölkerung. Die SPD – unter Schröders Führung noch auf Kurs, beste Rahmenbedingungen für die internationale Konkurrenzfähigkeit und damit grandiose Gewinnsteigerungen der Unternehmen zu schaffen – kann die bisherige Linie nicht mehr ungebrochen fortsetzen. Mit ihrer Offensive für eine Einführung des Mindestlohnes versucht sie den Vertrauensverlust unter ihren Anhängern und Wählern entgegenzuwirken. In einigen Branchen setzen sich auch Unternehmen für einen Mindestlohn ein, um der zunehmenden Billigkonkurrenz Herr zu werden. Im Postbereich konnten sich auch CDU und CSU dem deshalb nicht mehr widersetzen. Der gesetzliche Mindestlohn bei der Briefzustellung und das Moralisieren gegen hohe Managergehälter rufen wiederum die Unternehmerverbände auf den Plan.

Hatte Beck noch vor wenigen Wochen den Bahnvorstand aufgefordert, gegenüber der GDL hart zu bleiben, so



versuchen SPD-Spitzenpolitiker jetzt kurz vor den Landtagswahlen, sich an die Spitze der Unzufriedenheit zu setzen und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften wieder aufzubessern. Deren Anliegen und Lohnforderungen werden nicht mehr abgelehnt, sondern verbal unterstützt, siehe das gemeinsame Auftreten im hessischen Wahlkampf mit dem IGM-Vorsitzenden Huber. Verkehrsminister Tiefensee (SPD) flankierte diese Wahlkampflinie durch sein Eingreifen in die stockenden Tarifverhandlungen bei der Bahn – nicht, wie von Mehdorn in einem offenen Brief gefordert, gegen die GDL. Angesichts der ungebrochenen Bereitschaft der GDL-Mitglieder für eine Fortsetzung des Arbeitskampfes, wurde der Bahnvorstand vom Verkehrsminister zu Zugeständnissen gedrängt. Ein Lokführerstreik parallel zu den Tarifrunden und zu den Landtagswahlen wäre nicht im Sinne für die SPD und die Gewerkschaftsvorstände gewesen.

Die Warnstreiks bei den Berliner Nahverkehrsbetrieben und in der Stahlindustrie zeigen: In etlichen Bereichen und Belegschaften ist die Erwartung an die diesjährige Tarifrunde ebenso gestiegen, wie die Bereitschaft aktiv zu werden. Angesichts des massiven Unmuts unter den Beschäftigten sah sich ver.di gezwungen einen für den Sonnabend angekündigten Warnstreik bei der BVG völlig überraschend auf Freitag vorzuziehen und zeitlich auszudehnen – um spontanen und unkontrollierten Aktionen vorzubeugen, so die Argumentation des verantwortlichen ver.di-Sekretärs.

Bericht eines GDL-Aktivisten: Besuch bei den streikenden BVG'lern

Ich habe die heutigen frühen Morgenstunden genutzt und war mit einigen Kollegen bei den streikenden Berliner BVG-Kollegen auf den Betriebshöfen: Tolle Stimmung dort vor Ort! Busse haben die Ausfahrt blockiert und dienten gleichzeitig als »Wärmestube«. Die Kollegen sind in der gleichen Stimmung wie die Fahrpersonale der Bahn bei ihren Streiks. Viele haben sich gefreut und haben sich bedankt, dass GDL'er ihre Solidarität ausgesprochen haben. Ein warmer Becher Kaffee stand für uns ebenso bereit, wie Kollegen mit ihren Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sind unserer so erschreckend ähnlich, dass es nicht fremd wäre, wenn wir eines Tages gemeinsam in den Kampf für unsere Interessen gehen würden.

Stolz waren sie, auf ihren Blitz-Streik. »So hätte es die GDL auch machen müssen«, waren die gemeinsamen Äußerungen der BVG'er. Interessiert hörten sie den Berichten zu, wie die Fahrgäste sich mit der Alternative S-Bahn auseinander setzen mussten. Einhellig bezeugten sie, dass es nicht ihre Absicht ist, die Fahrgäste mit ihrem Streik zu treffen. Allein die Äußerung von Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin, ehemals Bahn-Vorstand, habe die Wut der BVG/BT Kollegen aufgeheizt. Gesehen werden auch die Parallelen zum GDL-Streik. Der BVG Chef betonte die Unverhältnismäßigkeit des Streiks und nahm damit Bezug auf die Klagen der Bahn gegen die GDL.

Mit Vorsicht begleiten viele BVG'er den Arbeitskampf, da sie nach der letzten Tarifverhandlung Einbußen hinnehmen mussten, die beim Tarifabschluss nicht bekannt gemacht wurden. Nachverhandlungen der ver.di haben sie noch tiefer in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen absacken lassen. Es gibt viele Parallelen mit den BVG-Kollegen.

Auch die Stahlarbeiter in Salzgitter wollten nicht auf den von der IG Metall vorgesehenen Warnstreiktermin warten.

Während die SPD sich bemüht, auf der Welle der Unzufriedenheit zu schwimmen und damit den Trend zur Linkspartei zu stoppen, versuchte der hessische Ministerpräsident Koch mit Unterstützung des CDU-Bundesvorstandes wieder einmal, die Stimmung gegen Ausländer zu schüren und in Wählerstimmen umzumünzen. Die Absicht der CDU ist bei den Wahlen in Hessen nicht aufgegangen. Zu offensichtlich war, dass damit von anderen Problemen und der Unzufriedenheit mit den sozialen Verhältnissen abgelenkt werden sollte.

An unsere LeserInnen

Als wir an die Erstellung dieser Ausgabe gingen, lag noch kein endgültiges Ergebnis der Verhandlungen zwischen GDL und Bahnvorstand vor. Eine genauere Analyse des Ergebnisses, des Verlaufs des Streiks sowie eine Kritik an der Arbeitskampfführung durch den GDL-Vorstand werden wir in unserer nächsten Ausgabe vornehmen.

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst wird zeigen, ob die Beschäftigten ihrem Unmut auch Taten folgen lassen. Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Tariffkampf durch die Gewerkschaften sind in den letzten Jahren schwieriger geworden. Der folgende Artikel beleuchtet das genauer.

Ebenfalls in der nächsten Ausgabe werden wir uns intensiv mit dem Ausgang der Wahlen in Hessen und Niedersachsen befassen.

INHALT

Schwierige Tarifrunde steht bevor	3
Buchvorstellung: Das rote Hanau	7
Nordhausen:	
Besetzung und eine Woche Produktion in Eigenregie.	8
Arsti-Konferenz: Der weitere Niedergang der Gewerkschaften vorprogrammiert	15
Finnland: Drohung mit Massenkündigungen führt zu Ausnahmegesetz	18
Solidarität mit Angelo Lucifero	20

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«

Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14–16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Schwierige Tarifrunde steht bevor



Die Gewerkschaft ver.di steht in der ersten wirklichen Tarifrunde nach der Neuordnung des Tarifrechts im Öffentlichen Dienst. Sie wird in vielerlei Hinsicht schwierig werden. Die Haltung der öffentlichen Arbeitgeber ist erheblich härter geworden, seit deren Haushalte durch unternehmerfreundliche Steuersenkungsmaßnahmen unter massiven Einnahmeverlusten leiden und gerade untere Ebenen (Kreise, Gemeinden) durch Kosten der Massenerwerbslosigkeit, Sozialhilfebedürftigkeit, Strukturreformen in den Sozialsystemen etc. immer stärker belastet werden. Durch die Tarifrechtsreform der Jahre 2003 – 2006 wurden die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und den angeglichenen Bereichen deutlich schlechter gestellt und erhielten seit 2004 keine Lohnerhöhung mehr. Zwar läuft derzeit die Konjunktur besser als in den vergangenen Jahren, dennoch werden Finanzminister und Kämmerer ihre Taschen fest verschlossen halten, wenn ver.di nicht an anderen Stellen zu Konzessionen bereit ist. Erste Forderungskataloge von Landesbezirken der Gewerkschaft orientierten sich an der jüngsten Diätenerhöhung im Bundestag, die bei 9,4 Prozent lag, und verwiesen auch auf Abschlüsse in der Privatwirtschaft und die Aktionen der Lokführer. Doch nicht nur das übliche Tarifritual lässt befürchten, dass am Ende hiervon nicht viel übrig bleibt. Auch die Kampfbedingungen, um dies durchzusetzen, haben sich gegenüber früheren Zeiten erheblich verschlechtert.

Die Tarifeinheit von Bund, Ländern und Kommunen wurde aufgelöst, ganze Bereiche wie Nahverkehr und Versorgung mit eigenen Spartentarifverträgen geregelt, einzelne Betriebe wie Post, Bahn, Telekom, Stadtwerke und Krankenhäuser durch Privatisierung ausgegliedert. Die Tarifrunde 2008 gilt nur für die Betriebe und Verwaltungen des Bundes und der Kommunen, soweit sie unter den Geltungsbereich des neuen TVöD fallen. Auf frühere kampfstärke Bereiche wie Entsorgung und Nahverkehr muss vielerorts verzichtet werden. Die Länder sind generell ausgenommen, weil sie einen eigenen Tarifvertrag (TV-L) mit ver.di haben, der zwar inhaltlich an den TVöD angelehnt ist, aber eine andere Laufzeit hat. Eine Flut von Sonderregelungen und Öffnungsklauseln muss mittlerweile beachtet werden: So kostete z. B. der Streit um die Arbeitszeit in den Jahren 2005/6 die Gewerkschaft viel Kraft, schon um in den eigenen Reihen eine gemeinsame Linie herzustellen.

Auch im Öffentlichen Dienst geht es darum, gegen die immer stärkere Auspressung, Flexibilisierung und Entrechtung der Lohnarbeit wie auch die Schwächung und Disziplinierung der zuständigen Gewerkschaft Widerstand zu organisieren. Wie werden die Beschäftigten und ver.di auf die nach wie vor harte Haltung der öffentlichen Arbeitgeber reagieren? Ein Rückblick auf den ver.di-Bundeskongress im Oktober, in dem auch die Tarifrechtsreform und die kommende Tarifrunde im Öffentlichen Dienst zur Sprache kamen, zeigt, dass die Gewerkschaft noch nicht in der Lage ist, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Tarifpolitik im Gewerkschaftstag

Einmal mehr begrub Frank Bsirske die Probleme der Gewerkschaft ver.di souverän unter seiner vielgerühmten Rhetorik. Auf dem Bundeskongress (= Gewerkschaftstag)

in der ersten Oktoberwoche des Jahres 2007 beschrieb er die Tarifpolitik der Gewerkschaft, als sei sie in den letzten vier Jahren geradezu eine Erfolgsgeschichte gewesen, in der ver.di »von Sieg zu Sieg« geeilt sei, wie ein Teilnehmer in der später anschließenden Aussprache kritisierte. Das Gegenteil ist der Fall: Ob man das Lohnniveau, die Tarifbindung, die Sozialpolitik (Agenda 2010, Hartz-Gesetze), die Mitgliederentwicklung in der Organisation selbst betrachtet – überall befindet sich ver.di auf einer Bahn, die manche als »gewerkschaftlich geordneten Rückzug«, andere schon als »freien Fall« bezeichnen.

Die Jahre 2003 bis 2007 seien, so Bsirske, »von zum Teil außerordentlich harten Abwehrkämpfen« geprägt gewesen. Es habe kaum einen Monat gegeben, in dem ver.di nicht in einem Arbeitskampf gestanden habe. Im Finanzbericht, der dem Kongress von Gerd Herzberg vorgetragen wurde, schlägt sich dies so nieder: Die Zahl der Streiktage steigerte sich von 58.000 im Jahre 2004 über 172.000 in 2005 auf 1,2 Mio. in 2006 und beträgt für 2007 bis Ende September schon 630.000 Tage. Die Kosten dafür beliefen sich auf 2,5 Mio. Euro in 2004, 8 Mio. Euro in 2005, 54,9 Mio. Euro in 2006 sowie 33,2 Mio. Euro für das – zum Zeitpunkt des Gewerkschaftstages – noch nicht abgelaufene Jahr 2007. Schwerpunkte der Streiks waren in 2006 der Öffentliche Dienst und in 2007 die Telekom.

Die Bewertung der Ergebnisse nahm der Vorsitzende selbst vor. Demnach handele es sich um »Konflikte, in denen wir zum Teil auch tarifliche Verschlechterungen hinnehmen müssten, ja, aber in denen wir uns doch immer behauptet und Schlimmeres verhindert haben«. Aussagen dieser Qualität gehören bei führenden GewerkschafterInnen schlicht zur Normalität, müssen jedoch angesichts der schweren Niederlagen gerade in den hervorgehobenen Bereichen Öffentlicher Dienst und Telekom sehr verwundern. Die Weigerung, Realitäten wahrzunehmen und vorbehaltlos aufzuarbeiten, ist ungebrochen. Bsirske versteht es offensichtlich, die angebliche Alternativlosigkeit von »Kompromissen« mit der Kompliziertheit objektiver Problemlagen, der harten Haltung öffentlicher und privater »Arbeitgeber« usw. zu verknüpfen und offensichtliche Niederlagen als das Halten von Dämmen zu interpretieren. Zwischendurch lobt er immer wieder Einsatz und Stehvermögen der streikenden KollegInnen in den verschiedenen Bereichen und versucht ihnen so das Gefühl zu vermitteln, das wahre Subjekt der Kämpfe zu sein, obwohl sie doch so häufig die Betroffenen waren. Diese populäre Mischung kam im Saale bei den meisten Delegierten offenbar an, jedenfalls den anschließenden Wortmeldungen zufolge.

Eine Minderheit, die widersprach, gab es jedoch auch. Ein Kollege führte u. a. aus: »Aber der Aufschwung, dieser sogenannte Aufschwung landet in keiner Weise bei den abhängig Beschäftigten, bei den Rentnerinnen und Rentnern und bei den Erwerbslosen. Das zeigt ganz deutlich, dass die Arbeitgeber und die mit ihnen verbündeten verschiedensten Regierungen, ob sie nun Schröder-Fischer hießen oder ob sie Merkel-Müntefering heißen, rücksichtslos vorgehen, rücksichtslos gegen Belegschaften, rücksichtslos gegen die Rentnerinnen und Rentner und die Erwerbslosen: mit Lohnkürzungen, mit Arbeitszeitverlängerungen, Sozialabbau,

Einschränkungen der Mitbestimmung und vieles andere mehr. Ich denke, auch wir müssen eine gewisse Rücksichtslosigkeit zeigen.

Abschlüsse in der Druck- und in der papierverarbeitenden Industrie sehen auf dem Papier erst einmal gut aus, weil sie unter schwierigen Bedingungen (Rationalisierung, Personalabbau, Tariffucht der Betriebe), mit guter Mobilisierung und nach langen Verhandlungen erreicht wurden. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass z. B. die Erhaltung der Arbeitszeit im Flächentarifvertrag in der Umsetzung durch betriebliche Öffnungsklauseln ausgehebelt wird. Den Abschluss bei Telekom bezeichnete Bsirske als



»Kompromiss«, der »bestehen« könne, obwohl der Konzern seine Forderungen weitgehend durchsetzte (Arpo Nr. 3/2007, Leitartikel). Seine Behauptung, ver.di habe diesen Streik wegen seiner Bedeutung »zu einer Sache der ganzen Organisation« gemacht, hat mit der Realität nicht viel zu tun; die betroffenen Betriebe wurden vielmehr weitgehend allein gelassen. Im Einzelhandel steht ver.di derzeit in schweren Auseinandersetzungen, in denen die Unternehmen die Zuschläge für Spät- und Feiertagsarbeit fast völlig streichen wollen, so dass ein Tarifabschluss real eine Lohnkürzung bedeutet. Dies sind nur einige der Beispiele, die angesprochen wurden.

Insgesamt ist nicht von der Hand zu weisen, dass diese Gewerkschaft in einem Sammelsurium von Branchen tätig ist, in denen sie mit harten Bedingungen zu kämpfen hat. Das Dienstleistungsgewerbe wird stärker und unmittelbarer als andere durch Kaufkraftverlust betroffen, hervorgerufen durch Binnenmarktschwäche, Massenerwerbslosigkeit, Strukturkrisen (eben mittelbar auch die anderer Branchen) und sinkende Steuereinnahmen. Im Geschäftsbericht unerwähnt blieb freilich, dass ver.di hieran einen Eigenanteil hat, der besonders deutlich gerade im Öffentlichen Dienst zutage tritt, wo die Gewerkschaft im vorausseilenden Gehorsam im »Reformprozess« Positionen preisgegeben hat, um die sie jetzt wieder kämpfen muss. Die Zahl derjenigen nimmt zu, die jetzt meinen, dass der alte BAT zwar überholungsbedürftig, aber doch besser war als der jetzige TVöD, für den es nicht einmal einen Eingruppierungskatalog gibt, weil die Arbeitgeber (Bund, Kommunen) die Verhandlungen verweigern.

Kein Thema war in Bsirskes Bericht die bereitwillige Kooperation von ver.di bei der Umsetzung der Sozialabbaupolitik von Agenda 2010 und Hartz I – IV. Beklagt wurde der Druck auf die Lebensverhältnisse der lohnabhängigen Menschen, die Disziplinierung durch Hartz IV, Lohndumping durch befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit, Verdrängung von regulären Stellen durch 1-Euro-Jobs usw.

Stets erschien ver.di dabei als Opfer dieser Machenschaften, nicht als tätiger Mitgestalter auf allen Ebenen, vom Bundesvorstand bis zu den betrieblichen FunktionärInnen vor Ort. Damit war auch von vornherein ausgeschlossen, das praktische Verhalten der Organisation und ihrer Gliederungen von Grund auf zu diskutieren und eine Kursänderung einzuleiten. Die blieb aus. Statt dessen gab es Klagen über die ungünstigen Umstände und reichlich Lob für die KollegInnen, die unter diesen Bedingungen Einsatz zeigten. Mit echter Aufbruchstimmung hat solch künstlich aufgebläse Rhetorik nicht viel zu tun; sie wird nach dem Ende des Gewerkschaftstages die Konfrontation mit den Realitäten in den Betrieben und in den gewerkschaftlichen Basisgliederungen zu bestehen haben.

Wichtige Themen der Grundsatzrede des Vorsitzenden nach seiner Wiederwahl waren die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der Erhalt des Flächentarifvertrags, die Beendigung der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Gegenwehr gegen weitere Verlängerung der Arbeitszeit, die Rücknahme der Rente mit 67. Das alles müsse gesichert werden durch tarifliche Regelungen – eben das, wofür Gewerkschaften da sind. Bsirske: »Man kann solche Tarifregelungen gut mit Haltegriffen vergleichen: Sie sind da, aber um Halt zu finden, müssen die Beschäftigten selber nach ihnen greifen. Tun sie das und stoßen dabei auf Schwierigkeiten, müssen sie, glaube ich, unterstützt werden.« Dies beschreibt – mehr oder weniger unfreiwillig – die traurige Realität im gewerkschaftlichen Alltag. Die Gewerkschaft ist hier reduziert auf die Tarifregelungsmaschine und auf den Rechtsschutz für den Ernstfall. Damit wird das Risiko der Beschäftigten, ihre Rechte wahrzunehmen, weitgehend individualisiert. Die Gewerkschaft muss aber kollektive Kraft auf allen Ebenen bleiben bzw. sich wieder dazu entwickeln, wenn sie die Interessen der Lohnabhängigen verteidigen und ausbauen will und wenn sie dazu beitragen will, dass der Wind sich dreht und ein anderes politisches Klima entsteht. Sie muss hierbei von der realen Lage ausgehen, dass Kapital und Regierung keine »Partner« sind, die durch Überzeugungsarbeit wieder auf den »richtigen« Weg gebracht werden können, sondern Gegner, denen Zugeständnisse abgetrotzt werden müssen. Es geht letztlich darum, sich über die Natur der kapitalistischen Klassengesellschaft klar zu werden und politische Diskussionen in der Organisation in diese Richtung zu lenken. Schon vor dem Gewerkschaftstag ist aber die programmatische Debatte auf den nächsten Kongress in vier Jahren verschoben worden.

Die Ausgangslage der Tarifrunde

Die Tarifrechtsreform im Öffentlichen Dienst von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen hat zu einem Flickenteppich von Tarifwerken mit schlechteren Bedingungen für die Beschäftigten geführt (vgl. Arpo Nr. 3/2005). So enthält z. B. der TVöD unterschiedliche Arbeitszeitregelungen für den Bund (einheitlich 39 Stunden) und die Kommunen (West: 38,5 Stunden, Ost 40 Stunden). Den kommunalen Arbeitgeberverbänden im Tarifgebiet West wurde eine Öffnungsklausel (§ 6 Abs. 1 Unterabs. b) zugestanden, die Arbeitszeit in ihrem Landesbezirk zu kündigen und mit der Gewerkschaft neu zu verhandeln auf bis zu 40 Stunden. Dies führte zu Streiks in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg sowie zu Neuverhandlungen in mehreren Ländern auf kommunaler Ebene, die fast durchweg Arbeitszeitverlängerungen nach völlig unterschiedlichen Regelungen ergaben. In hessischen Kommunen gilt jetzt die 39-Stunden-Woche allgemein, für bestimmte Berufe, vor allem in kommunalen Krankenhäusern, blieb es bei 38,5 Stunden. Im Bereich der Landesverwaltungen ist es noch komplizierter: Nachdem dort ein eigener Tarifver-

trag endlich erkämpft worden war, wurde für jedes Land im Westen (außer Hessen, das aus der Tarifbindung ausgetreten ist) die Arbeitszeit nach einer einheitlichen Formel ausgerechnet, die aber jeweils unterschiedliche Ergebnisse brachte (Höchstzahl: Bayern mit 40 Stunden und sechs Minuten pro Woche).

Massive Verschlechterungen gab es vor allem in der Bezahlung. Im Öffentlichen Dienst ist die Entgelttabelle seit 2004 nicht mehr erhöht worden. Es gab lediglich Einmalzahlungen, die nicht tabellenwirksam sind, und allein für die Länder wurde für das Jahr 2008 eine Lohnerhöhung von 2,9 Prozent vereinbart (damit aber auch festgelegt, trotz derzeit gut laufender Konjunktur). Die gravierendsten Einschnitte gab es in der Einkommensstruktur mit der Zusammenlegung der alten BAT- und Lohntabellen zu einer neuen einheitlichen Tabelle, in der es keine Bewährungsaufstiege und Sozialzuschläge (abhängig von der Kinderzahl) mehr gibt. Dazu kommt eine neue Niedriglohngruppe. Zulagen für bestimmte Arbeitsanforderungen sind nicht mehr vorgesehen, statt dessen soll ein Teil (derzeit 1 Prozent, später bis zu 8 Prozent) der Lohnsumme nach »Leistung« aufgeteilt werden. Weihnachts- und Urlaubsgeld wurden zu einer reduzierten Jahressonderzahlung zusammengelegt.

Dies alles wurde von ver.di nicht nur unter Druck, sondern auch im vorausseilenden Gehorsam, im Vertrauen auf die Kooperationsbereitschaft der Arbeitgeber vereinbart. Dabei fiel die Gewerkschaft schon früh in der Arbeitszeitfrage auf die Nase, und dieser Konflikt besteht derzeit und für die anstehende Tarifrunde mit den Kommunen weiter. Auch der Bund hat sich deren Forderung nach Arbeitszeit-

verlängerung auf »bayrisches Niveau« angeschlossen. Ein weiteres Spannungsfeld ist die Entgeltordnung. Im Vertrauen auf »faïres« Verhalten der öffentlichen Arbeitgeber hat ver.di die Abschaffung der BAT- und Lohngruppen vereinbart mit dem Vorbehalt, dass sie bis zur Erstellung eines neuen Entgeltkatalogs weiter gelten, spätestens aber bis Ende 2007. Bund und Kommunen werden diese und andere, weniger bedeutsame strittige Punkte in die nächsten Tarifverhandlungen als Kompensationsgeschäfte einbringen.

Es ist nicht die hier dargelegte organisatorische Schwäche von ver.di allein, die die Gewerkschaft dazu bewogen hat, bei der Ersetzung des BAT und der Arbeitertarifverträge des Öffentlichen Dienstes durch ein neues Tarifwerk (TVöD/TV-L) solchen Verschlechterungen zuzustimmen. Die Mitgliederstärke und die Finanzkraft allein reichen als Argument nicht aus. Aktuell vergleiche man die Situation bei der Bahn: Transnet ist eine große, aber nachgiebige bzw. korrumpierte Gewerkschaft, die kleine GdL bringt mehr Kampfbereitschaft auf. Oder Frankreich: Dort schaffen es – bei notorisch niedrigem Organisationsgrad – acht Bahngewerkschaften, in einem gemeinsamen Vorgehen das ganze Land lahmzulegen. Welches Arbeitsgericht würde es dort wagen, den Streik im Fern- und Güterverkehr zu verbieten (Arbeitsgericht Chemnitz, vom Landesarbeitsgericht wieder aufgehoben)? Was DGB-Gewerkschaften wie Transnet und ver.di fehlt, ist ein politischer Wille zur konsequenten Gegenwehr bzw. zur Machtfrage. Unabhängig davon, mit welchem Ergebnis die Auseinandersetzung mit dem rechten Sarkozy-Regime in Frankreich enden wird: Die Gewerkschaften dort gehen offensichtlich davon aus, dass

Die besondere Situation in Hessen: »Tariflöhne« per Gesetz

In Hessen besteht im Bereich der Landesverwaltung (nicht bei den Kommunen) noch die Sondersituation, dass das Land der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) seit April 2004 nicht mehr angehört und deshalb keinen bundesweiten Tarifabschluss mehr anerkennt. Die hessische CDU-Regierung hat im Tarifrechtsreformprozess mit ihrer harten Haltung, die sie mit dem Austritt aus der TdL durchsetzte, entschlossen zu der jetzigen Zersplitterung der Tariflandschaft beigetragen. Sie setzt derzeit noch eins drauf: Die CDU-Fraktion hat mit ihrer absoluten Mehrheit im Landtag ein Gesetz beschlossen, in dem die Entgelte der (normalerweise) Tarifbeschäftigten des Landes entsprechend der Beamtenbesoldung einseitig zum 1. April um dürftige 2,4 Prozent erhöht werden. Für die Monate davor werden Einmalzahlungen bewilligt, die einen Sonderbonus für diejenigen Altbeschäftigten enthalten, die »freiwillig« ihre Arbeitszeit den Bestimmungen für Beamte und Neueingestellte anpassen.

Die CDU-Regierung in Hessen hat vorgemacht, was in der Reform des Beamtenrechts im Bund fortgesetzt wurde: Beamtenregelungen per Gesetz oder Verordnung einzuführen, die man dann der Gewerkschaft als Tarifregelung aufzwingen will. Die Arbeitszeit der Beamten wurde auf – altersmäßig gestaffelt – bis zu 42 Stunden pro Woche heraufgesetzt. Dann trat das Land aus der Tarifbindung aus mit der Folge, dass nun alle neu abgeschlossenen Arbeitsverträge die Beamtenregelungen übernehmen müssen. Auf diese Weise erreichte die Regierung, dass nun – nach mehr als drei tariflosen Jahren – nahezu 40 Prozent der eigentlich Tarifbeschäftigten nach den neuen Bestimmungen arbeiten, natürlich ohne Lohnausgleich. Dieser Kurs erhält seine vorläufige Krönung durch das Tarifgesetz, in dem die Bezahlung nicht mehr nach tarif-

licher Einigung mit der Gewerkschaft, sondern einseitig vom Staat als »Dienstherrn« bestimmt wird. Dies nennt Ministerpräsident Koch die »eigene Tariflandschaft Hessen«, ver.di spricht vom »Einstieg in den Ausstieg aus der Tarifautonomie«.

Die Gewerkschaft fordert den Wiedereintritt des Landes Hessen in die TdL oder wenigstens die Übernahme des TV-L, der seit November 2006 in 14 der 16 Länder gilt. Am 26. September gab es einen Warnstreik, am 13. November einen Vollstreik mit jeweils einer zentralen Kundgebung in Wiesbaden, der verschiedene dezentrale Aktionen vorausgegangen waren. Die Landesebene ist gewerkschaftlich schwach organisiert, in den meisten Orten prägten LehrerInnen und PolizistInnen das Bild der Demonstrationen. Dennoch müsste bei klarem politischen Willen die Gewerkschaft sich nicht so ruhig verhalten, wie sie es tatsächlich tut. Das Vorgehen der hessischen Regierung ist nicht juristisch, aber politisch durchaus als Angriff auf die Tarifautonomie zu werten. Der Staat ist nicht nur Arbeitgeber im Bereich des öffentlichen Dienst, sondern er setzt – im Rahmen der vorherrschenden Kräfteverhältnisse – politische Regeln und Maßstäbe.

Um dies abzuwehren, mögen momentan die Kräfte fehlen. Aber man kann diese Vorgänge öffentlich deutlich machen, um die nötige Abwehrbereitschaft und Bündnisfähigkeit anzustreben. Dies geht nicht, wenn man die Angelegenheit als diskrete Zuständigkeit des Fachbereichs 6 in ver.di behandelt, sich auf Verhandlungen beschränkt und vor der Öffentlichkeit weitgehend abtaucht. Die Gewerkschaft ver.di in Hessen muss ihre eigenen Parolen, die sie auf Flugblättern herumreicht, stärker als bisher offensiv vertreten: »Keine eigene Tariflandschaft Hessen! Kein Besoldungsdiktat! Kein Einkommensgesetz!«

Nachgiebigkeit nichts bringt, sondern die Aggressivität der anderen Seite noch weiter anstachelt.

DGB-Gewerkschaften jedoch unterwerfen sich den Wertungsinteressen des Kapitals und suchen um fast jeden Preis einen »Ausgleich«. Eine Strategie, die unter längst vergangenen Bedingungen den Lohnabhängigen jahrzehntelang bescheidenen Wohlstand und weitgehende soziale Sicherheit bescherte, versagt unter den heutigen Möglichkeiten des weltweit agierenden Kapitals. Also orientiert sich man sich an angeblichen Standortinteressen und versucht, Arbeitsplätze in einem Produktivpakt mit dem Unternehmerlager zu Marktbedingungen zu verteidigen. Dies geht nur durch stärkere Auspressung der Lohnarbeit, also Rationalisierung, Flexibilisierung, Lohnsenkung, Entlassung. Die Gewerkschaften geben ihre Gestaltungs- und Schutzfunktion in dem Moment auf, in dem sie sie dringend brauchen.

Für Kapital und Regierung ist der Öffentliche Dienst ein Instrument zur Durchsetzung ihrer Herrschaftsinteressen: Stabilisierung der Gesellschaft, Bereitstellung von Infrastruktur, Ausbildung und Wiederherstellung von Arbeitskraft usw. Aber er ist auch ein Kostenfaktor und soll deshalb sparsam wirtschaften. Die produktiveren Teile dagegen sind als Anlagesphäre begehrt. Nicht zuletzt soll es damit möglich sein, die letzte Bastion gegen ungebremste Marktlogik zu schleifen. Die Linie von ver.di hiergegen lautet etwa: Anpassung an Unternehmensinteressen, Tarifrechtsreform und Privatisierung sind nicht zu verhindern, also muss mitgemacht werden, um noch ein wenig »gestalten« zu können. Dies steigert die Aggressivität und die Wünsche nach mehr auf der anderen Seite, wie die Forderungen der kommunalen Arbeitgeber nach weiterer Arbeitszeitverlängerung und andere Bedingungen zur Tarifrunde verdeutlichen.

Positionen der Tarifrunde 2008

Als zentrale Punkte für 2008 stellten sich heraus: Ver.di will deutliche Lohnerhöhungen, Bund und Kommunen fordern längere Arbeitszeiten. Die Gewerkschaft erwartet eine har-

»Die Subprime-Krise ist in den hiesigen Lohnrunden angekommen.«

Elmar Altvater schreibt in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »Freitag« etwas über zu erwartende Schwierigkeiten in den jetzigen Tarifrunden. Seine Sichtweise unterstreicht die Aussage im nebenstehenden Artikel:

»Die Preisstabilität ist wichtig, aber die Stabilität des Bankensystems ist wichtiger. Steigende Zinsen hat sich die EZB vielmehr für den Fall vorbehalten, dass steigende Preise für Energie und Lebensmittel höhere Lohnabschlüsse begründen. Die will EZB-Chef Jean-Claude Trichet mit Blick auf die Tarifrunden in Deutschland unbedingt verhindern. Die Stabilität des Finanzsystems – das heißt, die Renditen der Finanzakteure – hat Vorrang gegenüber stabilen Masseneinkommen. In den Lohnverhandlungen bekommen es die Gewerkschaften also nicht nur mit Arbeitgebern und einer wirtschaftsfrommen öffentlichen Meinung zu tun, sondern mit harten Schlägen, die von der EZB gegen die Lohnabhängigen in Aussicht gestellt werden. Mit anderen Worten: Die Subprime-Krise¹⁾ ist in den hiesigen Lohnrunden angekommen.«

1) Subprime = Kredite an Kunden, die eigentlich nicht kreditwürdig sind.

te, komplizierte Tarifrunde. Die Bundestarifkommission konnte sich der Stimmung in den Betrieben und den Forderungen aus einigen Landesbezirken nicht entziehen, hat sie aber deutlich unterboten: 8 Prozent Entgelterhöhung, mindestens aber einen Festgeldbetrag in der Tabelle von 200 Euro. Dazu kommt die Einbeziehung der Ergebnisse auch für die öffentlichen Bereiche der Versorgungswirtschaft, den Nahverkehr und die Beamten. Die Auszubildenden sollen 120 Euro mehr und eine verbindliche Übernahmeregelung bekommen. Fragen von Arbeitszeit und Eingruppierung sollen nicht in die Tarifrunde einfließen, um undurchsichtige Kompensationsgeschäfte zu erschweren.

Es geht um 2,1 Mio. Beschäftigte bei Bund und Kommunen. Die bereits 2006 beschlossene Lohnerhöhung für die Tarifbeschäftigten der Länder von 2,9 Prozent (TV-L) spielt für ver.di keine Rolle, da die konjunkturellen Daten heute besser seien als 2006. Die jetzt logisch erscheinende Folgerung, auch für die Landesbeschäftigten einen Nachschlag zu fordern, scheitert an legalistischem Denken. Ver.di hält sich an Laufzeiten und Friedenspflicht, und die sind nun mal für TVöD und TV-L unterschiedlich. Im Gewerkschaftstag hatte in der Aussprache ein Kollege dieses Problem angesprochen: *»Warum können wir die Tarifverhandlungen und die Tarifrunden nicht bündeln? Wir sind eine starke Organisation, wir können zumindest stark sein. Wieso gibt es in dem einen Monat eine Tarifrunde in einem bestimmten Bereich, zwei Monate später in einem anderen Bereich dieser Organisation? Wieso schaffen wir es nicht, noch nicht einmal in einem Fachbereich, die Tarifrunden zusammenzufassen und dann die geballte Kraft der Organisation einzusetzen? Dieses Nacheinander macht uns langfristig kaputt.«*

Die Umsetzung dieser grundlegenden Forderung entspräche theoretisch dem Gründungskonsens von ver.di. Dass sie organisatorisch und politisch alles andere als einfach wäre, liegt auf der Hand. Entscheidend ist jedoch, dass sie nicht einmal angegangen wird. Von den innergewerkschaftlichen Machtverhältnissen her gesehen, wurde ver.di eben nicht gegründet, um für Tarifrunden und Klassenkämpfe die Kräfte zu bündeln, sondern auf den voranschreitenden Mitgliederschwund mit Senkung von Kosten, mit betriebswirtschaftlicher Rationalisierung des Apparats zu reagieren. Das legalistische Denken, die Einstellung auf Sozialpartnerschaft sind allen bisherigen Erfahrungen zum Trotz auf allen Ebenen nahezu ungebrochen. Symptomatisch ist die Verschiebung der Programmdiskussion, die inhaltlich bisher ohnehin wenig an Alternativen bietet. Eine tiefgreifende politische Diskussion von der Interessenslage der Lohnabhängigen gegen die Ansprüche des Kapitals ist eine unabdingbare Voraussetzung.

Die Forderungen der Tarifrunde entsprechen dem derzeitigen Klima in den Betrieben und Verwaltungen weitgehend: Auf der einen Seite seit 2005 keine Entgelterhöhungen mehr, auf der anderen Seite rasant steigende Lebenshaltungskosten und zunehmende Arbeitsverdichtung – das sorgt für entsprechende Stimmung. Wie die Gewerkschaft das unter den geschilderten Voraussetzungen konkret umsetzen wird, ist noch unklar. Kampfstarke Bereiche, wie früher der Nahverkehr und die Müllentsorgung, stehen kaum noch zu Verfügung. In vielen Bereichen, wie gerade noch im Einzelhandel gezeigt, sind spürbare Auswirkungen von Arbeitskämpfen kaum zu bemerken, weil die »Arbeitgeber« in Dienstleistungsbereichen vielfältige Möglichkeiten haben, Abwesenheit der Beschäftigten zu kompensieren (z. B. durch Leiharbeit, auch wenn dies im Streik offiziell verboten ist).

Diese Bedingungen hat ver.di mitgeschaffen und ist daher mitverantwortlich. All die »Reformen«, Flexibilisierung

gen und Öffnungen in den Tarifverträgen, im Arbeitsrecht (z. B. Teilzeit- und Befristungsgesetz, Arbeitnehmerüberlassung), im Sozialrecht (z. B. Hartz IV) und bei der Privatisierung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen haben ihre verheerenden Auswirkungen auf die Kampffähigkeit der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften. Mit vielfältigen Möglichkeiten unterlaufen Arbeitgeber Arbeitsschutzrechte (z. B. bei Einstellungen/Entlassungen) und Tarifbindungen, lassen Streikmaßnahmen der Gewerkschaften

nahezu wirkungslos verpuffen und erpressen immer neue Zugehörige auch bei starker Mobilisierung wie zuletzt im Telekomstreik. Dies demoralisiert Beschäftigte, auch die Aktiven unter ihnen. Andererseits treten immer auch neue Gruppen in Auseinandersetzungen ein, wie etwa in den Streiks im Öffentlichen Dienst um die Arbeitszeit 2006. Hier gilt es dann, kontinuierliche Gewerkschaftsarbeit neu zu entwickeln und politisch klar im Interesse der Lohnabhängigen zu orientieren. 23. Januar 2008 ■

■ BUCHVORSTELLUNG:

Das rote Hanau

Arbeit und Kapital 1830 – 1949

Bei vielen heutigen EinwohnerInnen der Stadt Hanau und ihres Umfeldes ist in Vergessenheit geraten, welche interessante Geschichte diese kleine Provinzstadt hat, bzw. viele haben es als später Zugezogene noch nicht erfahren. Dies gilt besonders für die revolutionäre und klassenkämpferische Tradition sei es des Bürgertums gegen die feudale Obrigkeit, sei es der Arbeiterklasse gegen das Kapital. Zwar gibt es lokale Forschung und Literatur hierzu. Dennoch fristet diese Tradition des »roten Hanau« eher ein Schattendasein in der heutigen Zeit. Dies ist nicht allein ein regionales Problem, sondern steht im Zusammenhang einer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, in der sich erneut gewaltige Konfliktpotenziale auf sozialen, ökologischen und politischen Feldern heranbilden, auf die die herrschende Klasse zunehmend mit sozialer Ausgrenzung und immer neuen Repressionsmaßnahmen reagiert. Es ist eine Zeit, in der eine gesellschaftliche Alternative wie der Sozialismus durch Niederlagen historischen Ausmaßes diskreditiert erscheint und in der die Begriffe Markt, Profit, Wachstum und individuelles Fortkommen alternative Vorstellungen von Lebensqualität und Solidarität aus der Öffentlichkeit weitgehend verdrängt haben. Eine politische Organisation vom Interessenstandpunkt der Lohnabhängigen ist weit und breit nicht zu sehen, und die Kraft, der politische Wille der Gewerkschaften, als Kampforganisation der Lohnabhängigen aufzutreten, sind gegenwärtig im Schwinden begriffen, von vereinzelten Highlights einmal abgesehen.

Dem hat die IG Metall Hanau/Fulda mit einer von ihr in Auftrag gegebenen Buchveröffentlichung einen deutlichen Kontrapunkt gesetzt: »Das rote Hanau«, wie das umfangreiche Werk absichtsvoll betitelt wurde. Die Historikerin Judit Pakh hat ähnliche Projekte schon früher verfaßt, so z. B. ein zweibändiges Werk zur Frankfurter Arbeiterbewegung und ein sogar fünfbandiges zu Nürnberg. »Das rote Hanau« ist seit dem 1. November im Handel. Das Buch soll dazu beitragen, die geschichtliche Realität gesellschaftlicher Alternativen wieder zu Bewußtsein zu bringen und damit auch für die heutige/künftige Zeit wieder zur Geltung zu bringen. (die Red.)

Im folgenden die Presseinformation der IG Metall Hanau/Fulda (1. November 2007):

Nach jahrelanger, intensiver Forschungsarbeit ist es so weit: Die Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Hanau liegen vor. Zum ersten Mal ist es möglich, den ganzen gewaltigen Zyklus von den Tagen des Vormärz bis zur Neugründung der Gewerkschaften nach der Befreiung vom Faschismus zu überblicken. Nach mehrjährigen wissenschaftlichen Studien hat die Frankfurter Historikerin

Dr. Judit Pákh im Auftrag der IG Metall Hanau/Fulda ein umfangreiches Werk vorgelegt, mit dem man Schritt für Schritt und Text für Text die Verwandlung einer kleinen, aus fürstlichem Wohlwollen und kameralistischem Kalkül erwachsenen Gewerbestadt in eine Hochburg der bürgerlichen Revolution, in eine Zitadelle der Arbeiterbewegung nachzuvollziehen kann.

Hanau ist keine Stadt wie jede andere. Als in Frankfurt noch die Zünfte reglementierten, trafen in Hanau die Interessen von Kapital und Arbeit unvermittelt aufeinander. Während der Revolution von 1848/49 gehörten die Hanauer zur Avantgarde im Kampf um eine demokratische Republik. In heftigen Auseinandersetzungen wuchs eine starke Sozialdemokratie, die schon 1881 einen Reichstagsabgeordneten nach Berlin schickte.

Die Hanauer hatten ihren eigenen Kopf. Sie nahmen das Parteiprogramm ernst und waren Kriegsgegner von Anfang an. Die Nazis hatten es schwer in der Stadt und im Landkreis. 1932 stimmten 56 Prozent für die Arbeiterparteien. Viele Hanauer kämpften ab 1933 im Widerstand.

Judit Pákh schildert das mutige und oft tragische Ringen der Hanauer um ein menschenwürdiges Leben, ihren Einsatz für eine Welt ohne Arbeitslosigkeit, Unterdrückung und Krieg. Der Spannungsbogen reicht von den Anfängen der Selbstorganisation bis zu den ersten Jahren nach der Befreiung vom Faschismus. Die faszinierende Darstellung wird ergänzt durch eine Fülle historischer Dokumente und statistischer Materialien und hat deshalb exemplarische Bedeutung für das ganze Rhein-Main-Gebiet.

Wie der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Hanau/Fulda, Michael Pilz, bei der Präsentation des Buchs ausführte, soll das vorliegende Werk ein Denkmal für die Generationen selbstbewusster, lebensfroher und, wenn es denn sein musste, opferbereiter Menschen. Gleichzeitig ist dieses Buch mit seinem umfangreichen Dokumententeil ein Arbeitsbuch.

Es soll dem Lernen aus der Geschichte als festem Bestandteil der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine sichere Grundlage geben.



Herausgegeben von der IG Metall Hanau/Fulda
112 Seiten, 16 x 23 cm,
88 Abbildungen
Erschienen im CoCon-Verlag Hanau



■ NORDHAUSEN

Besetzung und eine Woche Produktion in Eigenregie: Protestschrei und politische Signal

Viele selbstgemalte Transparente und Parolen schmückten die Fabrik. Ein ungewohntes Bild, denn es fehlten völlig die üblichen Gewerkschaftssymbole – die IG-Metall-Fahnen und Streikwesten, die Streikcontainer und Streikzelte. Die Initiative und auch die Organisation zur Besetzung war das Ergebnis von Eigeninitiative. *»Es sind zwar einige wenige organisiert – die Gewerkschaft spielt aber keine Rolle«, so die Auskunft der Betriebsratsvorsitzenden und von KollegInnen.*

Lautstarke Unterstützung dagegen gab es von Menschen aus der Region. Ein fast ununterbrochenes Hupkonzert der Vorbeifahrenden zeugte davon. Über die Region hinaus war der Konflikt aber kaum bekannt, als ich nach drei Wochen Besetzung das erste Mal von Berlin nach Nordhausen fuhr.

Dass die neuen Bundesländer zum großen Teil gewerkschaftliches »Niemandland« sind, wusste ich theoretisch schon, die konkreten Auswirkungen aber wurden mir hier praktisch vor Augen geführt. Der niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad – keine Überraschung, nach über 15 Jahren der Vernichtung des größten Teils der industriellen Arbeitsplätze und nach über 15 Jahren als Tarifgebiet zweiter Klasse. Und zu Tariflöhnen arbeiten die wenigsten. Der letzte Versuch der IG Metall vor drei Jahren, das Tarifgefälle wenigstens bei der Arbeitszeit durch einen Streik für die 35-Stunden-Woche abzubauen, war nicht zuletzt an dem Unwillen einflussreicher IGM-Funktionäre und Betriebsräte aus dem Westen gescheitert. Auch das hatten die KollegInnen in Nordhausen registriert.

Die IG Metall-Verwaltungsstelle war zwar durch ihre Vertreter präsent. Doch den Konflikt auch bundesweit bekannt zu machen und Solidarität zu organisieren, dazu waren die IG Metall und der Vorstand in Frankfurt weder in der Lage noch anscheinend bereit. Dazu bedurfte es ebenfalls der Initiative der BesetzerInnen. Die Herstellung des Strike-Bike in Eigenproduktion verschaffte der Belegschaft eine bundesweite Präsenz in den Medien. Ohne die Aktivitäten der Unterstützer, GewerkschafterInnen und der FAU wäre das nicht möglich gewesen.

Was mir im Verlauf weiterer Besuche ebenfalls auffiel: Es gab eigentlich keinen unmittelbaren Gegner mehr. Die »Heuschrecke« Lone Star war nach vollbrachtem Werk nicht mehr greifbar. Es gab von ihrer Seite weder Interesse an der Belegschaft noch an den veralteten Produktionsanlagen. Was zuletzt blieb, war ein Insolvenzvollstrecker, der

»verwalten« sollte, was die »Heuschrecke« übrig gelassen hatte. Es fehlten daher die sonst üblichen Auseinandersetzungen: die Drohungen der Gegenseite, ihre Versuche, mit Angeboten und Scheinangeboten Belegschaft und Öffentlichkeit in die Irre zu führen, das Warten der Betroffenen auf Verhandlungen und Verhandlungsergebnisse, über deren Annahme oder Ablehnung entschieden werden muss. Die Besetzung war eher ein Protestschrei dagegen, wie mit dem Schicksal von 135 Menschen umgesprungen wird – verbunden mit der Hoffnung auf einen neuen Investor oder wenigstens einer etwas höheren Abfindung. Umso erstaunlicher, dass die Belegschaft zusammenhielt und den Betrieb 115 Tage lang besetzt hielt. Das politische Signal ist von den UnterstützerInnen aufgegriffen und weitergeben worden. Berlin, Januar 2008 ■

■ ZUM ABSCHIED EIN STRIKE BIKE

Nordhausener Fabrikbesetzung endet mit »selbstverwalteter Produktion«

Artikel von *Alix Arnold*, zuerst erschienen in *ak – zeitung für linke debatte und praxis*, Nr. 522 vom 16.11.2007.

115 Tage lang haben die KollegInnen von Bike Systems ihre Fabrik besetzt. Die Schließung haben sie damit nicht verhindern können. Seit dem 1. November 2007 befinden sie sich in einer »Auffanggesellschaft«. Aber sie haben ein Zeichen gesetzt und hoffen, dass andere ihrem Beispiel folgen und mehr Erfolg haben werden. Mit Begleitung von Presse und jeder Menge Kameras wurden am 22. Oktober zwei Montagebänder in der bereits stillgelegten Fabrik in Nordhausen (Thüringen) wieder in Betrieb genommen. Die KollegInnen der anderen Abteilungen hatten bereits vorgearbeitet: Bleche und Rahmen rot lackiert und mit Schriftzug und Katzenlogo versehen, Räder eingespeicht und bereift, Gepäckträger vormontiert, Züge und Kabel vorbereitet. Die Endmontage konnte beginnen.

So viel Begeisterung darüber, dass die Bänder anlaufen, erlebt man wohl selten in einer Fabrik. *»Ich hab mich gefreut auf die ganze Geschichte hier. Wir waren wieder voll*

im Element. Das hat richtig Spaß gemacht, mal wieder mit den Kollegen zusammen zu arbeiten. Ende der Woche werde ich traurig sein. Wenn man dann durch die Halle geht und sieht, da war mal volles Leben drin, und alles ist wieder leer.«¹⁾ Nach der Produktion des Strike Bike ist das Streikzelt wieder abgebaut, sind die Transparente eingesammelt und zum zweiten Mal die Hallen für die Schließung gefegt. Ein neuer Investor ist nicht aufgetaucht. Es sollte noch zwei Interessenten geben, aber große Hoffnung hatte sich niemand mehr gemacht.

Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit

Ab dem 1. November sind die KollegInnen in eine Auffangsgesellschaft übergegangen, in der sie acht Monate lang für 80 Prozent des bisherigen Lohns an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen sollen. Bei der Wahl zwischen zwei Auffanggesellschaften – einer der IG Metall (IGM) und einer anderen ihres Rechtsanwaltes – haben sie sich für letztere entschieden. Mit dieser Regelung stehen sie materiell etwas besser da als mit dem ersten Angebot im Juni, als es hieß, dass noch nicht einmal die Kündigungsfristen von durchschnittlich vier Monaten bezahlt werden könnten. Aber gewonnen haben die KollegInnen diese Auseinandersetzung nicht. Am Ende der Maßnahme wird für einige sicher die Arbeitslosigkeit stehen.

Manche sind froh, dass die anstrengende Zeit der Besetzung nun ihrem Ende entgegen geht. In den ersten Wochen haben sie sich keinen freien Tag gegönnt, manche waren rund um die Uhr im Betrieb, und es gab auch manchen Zoff in der Familie. Eine Betriebsrätin versucht, diejenigen wieder aufzubauen, bei denen die Enttäuschung über das schlechte Ergebnis überwiegt. »Denen sage ich: Ihr habt was erreicht, ihr könnt stolz sein. Ihr habt was erreicht für euer Selbstbewusstsein, ihr könnt erhobenen Hauptes überall hingehen. Wir haben gezeigt, was in uns steckt. Denn wenn du 20 Jahre in der Produktion bist und immer ein und dasselbe machst, stumpfst du ab und merkst gar nicht mehr, was da eigentlich für ein Talent in dir schlummert. Wir haben uns mit Aktionen ins Gespräch gebracht. Das Strike Bike hat eine enorme Solidarität gebracht, das wird nicht so schnell in Vergessenheit geraten. Und wir vergessen das nie! Das nimmt uns keiner mehr, das können wir unseren Enkeln noch erzählen: Wir waren nur eine kleine Firma, und wir haben sie besetzt, in Nordhausen.«

Diese Meinung teilen viele, und sie sehen sich als Pioniere: »Ich würde das immer wieder machen. Nur allein um denen zu zeigen, dass es so nicht geht. Auch wenn sie nachher unter dem Strich doch ihren Willen kriegen, ... aber ein bisschen Rummel in der ganzen Republik haben wir ja gemacht, und vielleicht nehmen sich irgendwelche anderen Betriebe das mal zu Herzen, vielleicht klappt es bei denen dann.«

Die Erfahrung, »dass man in einer Notsituation so zusammenhalten kann«, möchten viele nicht missen, und sie waren begeistert über die unerwartete Solidarität. »Dass jeder erstmal an sich selbst denkt und nichts macht, wenn ein anderer Betrieb geschlossen wird, das ist doch normal. Aber jetzt, wo ich selbst weiß, wie das ist, würde ich schon hingehen und was spenden, wenn in einem anderen Betrieb die Kollegen streiken oder um ihre Arbeitsplätze kämpfen müssen.« Bei der Besetzung haben alle Beteiligten viel gelernt. Am Anfang fühlten sich die meisten überfordert, wenn Presse auftauchte. Inzwischen geben viele routiniert vor den Kameras Interviews. Sie erklären nicht nur ihre Lage, sondern auch, wie alles zusammenhängt.

Begonnen haben sie ihre Aktion ohne Vorerfahrung, und nur wenige waren in der IG Metall organisiert. »Die Aktion hat gezeigt, dass man nicht organisiert sein muss,

sondern einig. Am Anfang haben wir gedacht, wir brauchen die IGM, weil wir überhaupt nicht wussten, wie das geht.«

Radikal nicht, aber ein bisschen radikaler

Dass Sekretäre der IGM ständig im Betrieb waren, wurde als Unterstützung gesehen, aber von einigen auch als Kontrolle: »Die haben uns keine Sitzung alleine machen lassen.« Die Grenzen des Apparates sind ihnen in dieser Auseinandersetzung deutlich geworden. »Wir sind der IGM dankbar, denn ohne sie und ihre Strukturen wären wir nicht so schnell zu Pötte gekommen, die haben wir ganz einfach gebraucht, um die ganze Aktion anzuleiern. Die Leute haben connections, die haben Erfahrung, und dazu sind sie auch da. Für solche Sachen zahlen die Mitglieder Beiträge. Das war wichtig, aber genauso wichtig ist die Hilfe von außen, von anderen Gruppierungen und Organisationen. Eine Organisation wie die Gewerkschaft muss relativ behäbig agieren. Bei entscheidenden Fragen geht das durch mehrere Ebenen. Da können schon mal Wochen und Monate ins Land gehen, um eine Entscheidungsfindung herbeizuführen. Deshalb wäre diese Aktion Strike Bike mit der IGM oder auch mit einer anderen Gewerkschaft nicht durchführbar gewesen.«

Die Idee der Selbstverwaltung lag bei dem Produkt Fahrrad nahe und wurde von verschiedenen UnterstützerInnen in die Diskussion gebracht. Konkret wurde sie mit dem Strike-Bike-Vorschlag aus Kreisen der FAU. »Die haben uns überhaupt erst die Möglichkeit aufgetan, dass es überhaupt geht. Von alleine hätten wir das nicht gemacht. Es hätte uns vielleicht an Mut gefehlt, und wir hätten die Vertriebswege nicht gehabt. So weit hätten wir gar nicht denken können.«

Die KollegInnen hatten kein Problem damit, sich von AnarchosyndikalistInnen und anderen Linken unterstützen zu lassen, aber auch ihnen gegenüber betonten AktivistInnen ihre Eigenständigkeit: »Die FAU hat uns unwahrscheinlich unterstützt, aber durchgesetzt und umgesetzt hat das der Verein.« Für die Produktion der Strike Bikes haben die KollegInnen einen Verein gegründet, der wegen der Garantiebestimmungen noch mindestens zwei Jahre bestehen bleiben wird. KollegInnen, die früher im Büro oder im firmeneigenen Call Center beschäftigt waren, haben sich um den Materialeinkauf und die Auftragsabwicklung gekümmert. Der Verein bezahlt für die Produktionswoche den Strom und die Löhne der KollegInnen. Alle bekommen das Gleiche – 360 Euro für 36 Stunden – angemeldet als Nebenbeschäftigung auf Minijobbasis.

Auch beim Strike Bike stand den BesetzerInnen wieder ihr Vertrauensanwalt zur Seite, den sie schon aus einem früheren Insolvenzverfahren kannten. Seine Beratung hat bei der Besetzung von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt. »Ohne ihn hätten wir gar nicht gewusst, was man alles beantragen muss. Da wären wir zum ersten Mal auf die Nase gefallen, da hätten sie uns vom Hof gejagt.« Die ganze Aktion war in gewisser Weise sehr ‚deutsch‘, nämlich in hohem Maße rechtlich verregelt. Gegen die Räumungsdrohung gelang es dem Anwalt, die Besetzung als verlängerte Betriebsversammlung gerichtlich absegnen zu lassen²⁾.

Aber eine basisdemokratische Versammlungskultur ist aus dieser längsten Betriebsversammlung in der Geschichte der BRD nicht entstanden. Entscheidungen fielen eher in kleinem Kreis. Manche KollegInnen fühlten sich davon ausgeschlossen; andere schienen ganz zufrieden zu sein, sich nicht um alles kümmern zu müssen. Im Gegensatz zu den Betriebsbesetzungen in Argentinien, wo auf dem Hintergrund des Aufstandes vom Dezember 2001 (zunächst) überall Vollversammlungen zum bevorzugten Ort der Entscheidungsfindung wurden, scheint es in der BRD noch schwierig zu sein, jahrzehntelang praktizierte Vertretungsstrukturen und Passivität zu überwinden.

Das Böse in die Welt hinaus tragen

»Wenn ich das noch mal machen würde, würde ich etwas härter vorgehen. Mit den Erfahrungen, die man jetzt hat, würde man vielleicht gleich so ne Marke setzen wie jetzt mit dem Strike Bike, und nicht so viel fragen: Dürfen wir das? ‚Radikal‘ will ich nicht sagen, ... aber bisschen radikaler schon.« Den größten Fehler sehen viele darin, dass sie viel zu spät angefangen haben, sich zu wehren: »Wir hätten eher anfangen müssen mit dem Streiken. Wir hätten sagen müssen: Nein, wir bauen keine Räder mehr. Dann hätten wir ein Druckmittel gehabt, weil die Aufträge erledigt werden müssen. Das haben wir verpasst. Die Hoffnung stirbt zuletzt, und wir dachten immer, es geht weiter. Als wir dann angefangen haben, da waren die Aufträge weg. Jetzt ist es zu spät, hinterher ist man immer schlauer.«

Als die Nachricht vom Strike Bike die Runde machte, hegten einige UnterstützerInnen die Hoffnung, dies könnte der Anfang einer selbstverwalteten Fahrradproduktion sein. In der Öffentlichkeit entstand teilweise der Eindruck, die Fabrik würde nun von den ArbeiterInnen weitergeführt. Von der Arbeit her wäre das für die KollegInnen tatsächlich kein Problem. Dass sie für den Produktionsprozess keine Chefs brauchen, haben sie gerade bewiesen. Aber es fehlt ihnen an Kapital. Sie haben ausgerechnet, dass acht bis zehn Millionen Euro nötig wären, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Das Strike Bike war nur möglich, indem solidarische KundInnen ihre Fahrräder unbesehen im Voraus bezahlten. Mit diesem Modell kann keine Massenproduktion betrieben werden, die Löhne für 124 ArbeiterInnen bringt. In einer Woche wurden 1.837 Strike Bikes gebaut – so viele Räder liefen früher an einem Tag von den Bändern. Das Strike Bike war nur eine begrenzte Aktion. Aber einige KollegInnen haben den Spaß am Selbermachen entdeckt. Es gibt Überlegungen, eine kleine Produktion von Spezialrädern aufzubauen. Das ist nicht die Lösung für alle, die sie angestrebt haben. Lieber wären sie zusammen

geblieben. Schon am Anfang der Besetzung war die Rede von der »Familie, die zusammenhält«. In den gemeinsamen Monaten als BesetzerInnen haben sie sich noch mal ganz anders kennengelernt.

Immer wieder tauchte die Frage auf, warum die Politik nicht mit einer Anschubfinanzierung für die selbstverwaltete Produktion zu Hilfe kommt. Schließlich hatte das Land dem Vorbesitzer Biria erhebliche Subventionen zukommen lassen, und die Arbeitslosigkeit der FahrradwerkerInnen wird den Staat auch einiges kosten. Aber manche liefern die Erklärung gleich mit, warum die Selbstverwaltung nicht sein sollte und sie nicht gewinnen durften: »Wenn wir Erfolg gehabt hätten, dann würden doch überall hier im Land die Betriebe besetzt!« Trotzdem hoffen sie, dass ihre Besetzung zum Beispiel wird.

Ein Aktivist zieht Bilanz: »Was am Ende bleibt? 115 Tage länger, und eine schöne Aktion, die uns weltweit bekannt gemacht hat. Man hat einen Haufen nette Leute kennen gelernt und viele Verbindungen geknüpft. Wenn es eventuell Nachahmer gibt, wenn sich das Aufbegehren gegen irgendwelche Chefs jetzt häuft, dann war die ganze Aktion nicht umsonst. Wenn wir nur so ein kleiner Sargnagel werden für den Staat, dann bin ich schon sehr zufrieden. Wenn Leute uns interviewt haben, habe ich immer gesagt: Tragt das Böse in die Welt hinaus, verbreitet es!«

Anmerkungen:

- 1) Die Zitate stammen aus Gesprächen und Interviews mit den KollegInnen in den Tagen vom 22.-24.10.07 während der Produktion des Strike Bike.
- 2) Dass bei Betriebsversammlungen keine gesetzliche Maximaldauer festgelegt ist, wurde schon mehrfach in Situationen genutzt, in denen Streiken legal nicht möglich gewesen wäre. So wurde der sechstägige wilde Streik bei Opel Bochum im Oktober 2004 als »Informationsveranstaltung« bezeichnet, und statt zu arbeiten, redeten die KollegInnen bei Alstom in Mannheim im April 2005 fünf Tage am Stück über geplante Entlassungen. Am 23.10. besuchte eine Delegation von Alstom die FahrradwerkerInnen, und der Alstom-Chor brachte ihnen ein Ständchen in der Montagehalle.

■ INTERVIEW MIT EINEM AKTIVISTEN AUS NORDHAUSEN – AUSZÜGE

Was geholfen hat und was nicht, was geklappt hat und was nicht.

Euer Kampf hat ein sehr breites Echo gefunden. Welche Unterstützergruppen kamen zu Euch?

L: Vom ersten Tag an waren die Linkspartei und die IG Metall da. Die haben uns unheimlich unterstützt (z.B. mit uns Flugblätter und Pressemitteilungen entworfen und bei sich gedruckt) und bis zum Schluss begleitet ... Die ersten, die da waren, waren die JourFixeGewerkschaftslinken aus Hamburg, die uns viele wertvolle Tipps gegeben und unsere Solikontonummer im Internet veröffentlicht haben, ganz praktische Sachen, z.B. eigene TShirts machen lassen, wenn wir irgendwo auftreten. Das haben wir dann erst sehr viel später umgesetzt, da kam dann das StrikeBikeTShirt in den Handel. Die JourFixeGL hat auch die ganze Sache übers Internet verbreitet, speziell über Labournet, dann gab es einen Bericht im *Express*. ...

Das Café Libertad aus Hamburg hat uns anfangs ein Grußschreiben und eine Kiste Kaffee geschickt mit der Aufforderung, wenn sie uns mit Kaffee unterstützen können, sollen wir uns melden. Das haben wir dann auch gemacht. ... Viele gemeinnützige Vereine haben uns unterstützt. Essen gab es z. B. vom Horizont und vom LiftVerein und von der Nordhäuser Tafel. ... Linke Autonome ... haben uns natürlich auch besucht, allerdings nicht am Tag (lacht). Da war meistens die Nachtschicht zuständig. Die haben sich auch gut unterhalten, da gab es auch keinen Zoff, gar nichts. ...

Natürlich waren auch die Grünen da, die ein persönliches Interesse an den Fahrrädern hatten ist ja auch umweltbewusst. Wir hatten auch Katrin Göring-Eckart, die Bundestagsvizepräsidentin der Grünen, zu Besuch... Letztendlich muss man sich aber eingestehen: die haben sich zwar die Klinke in die Hand gegeben, aber bewegen konnten sie auch nichts.

Über die SPD in Nordhausen und im Land sagt L.:

Letztendlich konnten uns die einen nicht helfen und die anderen auch nicht. Oder wollten nicht. Wo wir beim Café Libertad waren, von denen auch etliche Leute Mitglieder der FAU sind: Die FAU als Organisation ist erst relativ spät in Erscheinung getreten. Das Café Libertad hat sich uns als Kollektiv in Selbstverwaltung vorgestellt, die Kaffeehandel machen, über das Thema FAU wurde im Prinzip nichts gesagt. Die FAU als solche trat in Erscheinung, als wir den Plan gemacht haben für das Strike Bike. Das wurde im September dann richtig konkret, dann bekamen wir auch Besuch von Leuten aus Frankfurt, Hannover, auch aus der Radspannerei in Berlin Kreuzberg und vom Café Libertad. Danach hat sich dann ein ganz reger Austausch entwickelt. Vorab kam deren Zeitschrift, die DA, die haben sie uns zugeschickt bzw. dann auch mitgebracht. Die haben ja auch darüber berichtet damals. Das ging ja um die Welt.



Wir hatten gewerkschaftliche Unterstützung außerdem von der Gruppe Z.O.R.N., wo ein Chor aus Göttingen dahinter steckt, ein organisierter Chor aus ver.diMitgliedern. ... Die haben uns zwei Mal besucht und sogar ein eigenes Lied für und über uns geschrieben. Und auch viele andere Gewerkschaften und Betriebsräte aus ganz Deutschland hatten wir zu Besuch. Leute von BoschSiemens waren da, die damals auch diesen Streik gemacht haben. ... Man kann sich gar nicht mehr alles merken, wer da alles kam. das war schon fast zuviel. Fast jeden Tag kam da irgendwer. ... Wir hatten sogar ausländische Presse auf dem Hof, z.B. von einer führenden norwegischen Wirtschaftszeitung, oder von der Nachrichtenagentur Reuters, die einen weltweiten Artikel reingesetzt hat. Das war ja alles gigantomanisch, und als wir mit dem Strike Bike angefangen haben, wurde das noch schlimmer... Der IG Metall haben wir auch ganz viel zu verdanken. Die war vom ersten Tag an präsent. Ihre Kontakte zu den Medien und der Presse waren sehr wichtig, um die Sache überhaupt ins Laufen zu kriegen. Ohne die Strukturen der IG Metall wäre die ganze Sache so aus dem Stegreif nicht denkbar gewesen. Die hat das ganze angeschoben, über die haben wir die ersten Pressemitteilungen gemacht, die haben auch Rundfunk und Fernsehen benachrichtigt. So was ist ja eigentlich auch ihre Aufgabe, und nichts anderes haben sie gemacht. Wenn man keine Erfahrung hat mit so einem Arbeitskampf, kann man das nicht von null auf hundert perfekt machen. Und die ersten Tage waren chaotisch, weil keiner so richtig wusste, wo geht's hin, wo soll's hingehen und wie zieht man so was auf?

Du hast erzählt, dass die ganzen Gruppen, die euch besucht haben, euch auch ihre Zeitungen etc. zukommen ließen. Hat euch das denn was gebracht?

Ich muss ehrlich sagen: mir hat es Etliches gebracht. Zum einen habe ich sehr viel gelesen. Zum anderen hat man einen ganz schönen Tunnelblick, wenn man in Arbeit ist, bzw. interessiert sich nicht so viel für andere Sachen, wie es eigentlich notwendig wäre. Wenn man dann selber betroffen ist oder sich schlagartig was ändert, ist man plötzlich offen für viele andere Sachen. Deshalb sind solche Zeitschriften sehr wichtig, damit man seinen Horizont erweitern kann

Neu erschienen:

Reprint der Broschüre:
**Das Verbrechen an den Eisenbahnern.
 Der Februar-Streik und seine Lehren**
 von Paul Frölich, Mitglied des Reichstages
 1922, Vereinigung der Internationalen Verlagsanstalten
 40 Seiten, A5-Format

Abgabe zum Selbstkostenpreis von 2,50 EUR
 in Briefmarken an das Postfach der GFSa e.V.
 Postbox 106426 – D-20043 Hamburg

– »Da ist das auch schon mal passiert« oder »Denen ging's auch so« – man ist dann viel offener geworden für die Probleme anderer. Die anderen Kollegen haben mehr oder weniger viel davon gelesen. Viele haben sich die Sachen auch mitgenommen und daheim archiviert, zum Nachlesen, was war eigentlich los bzw. wie geht's anderen. Es lag auch mal was rum und wurde vergessen. Im großen und ganzen wurde das aber gelesen.

Die Interviewerin spricht ihren ersten besuch in Nordhausen noch während der Besetzung an und sagt: »Wir hatten auch darüber geredet, was man jetzt machen könnte und hatten den Vorschlag z.B. zu MIFA zu fahren, was anfänglich gut gefunden wurde, dann aber doch keiner gemacht hat. Hat euch so was denn was gebracht in eurem Vorgehen mal abgesehen von der Strike-Bike-Idee von der FAU?«

Etlichen Leuten hat es was gegeben, weil man gesehen hat, dass die Anschauung, die man vertritt, noch andere Gruppen auch vertreten. Dass man mit seinen Ideen, Gefühlen und anderen Sachen nicht allein ist. Natürlich muss man dabei auch sehen, inwieweit die Leute auch bereitwaren, darauf einzugehen. Für viele war es einfach eine fortlaufende Betriebsversammlung, in erster Linie wollten wir den Betrieb retten mit dieser Aktion und die Produktion weiter führen. Inwiefern da jetzt jeder ein politisches oder ideologisches Ziel gesehen hat, mag ich nicht beurteilen. Es war schon wichtig, von den Leuten zu hören, wie es gehen könnte, was man erreichen könnte und was noch viel wichtiger war: Wenn man solche Aktionen macht, führt das in vielen Beispielen auch zu einem glücklichen Ende, und man kann Arbeitsplätze retten, wenn man sich wehrt. Das war eine Sache, die wir z.B. von BSH mitgenommen haben. ... Es gab auch das Beispiel Argentinien mit einer schönen Selbstverwaltung, das ist aber auch ins Taumeln gekommen, weil sie irgendwelche Auflagen bekommen haben. Bei manchen Sachen haben wir auch gelernt, wie man es nicht macht. BoschSiemens. Wir haben unsere Lehre zwar später erst ziehen können, aber mit dem Querverweis auf BoschSiemens. Dieser innerbetriebliche Konflikt [in Nordhausen] zwischen der IG Metall, die ihre Position innerhalb des Betriebes gestärkt haben und dann auf einmal einen riesigen

Mitgliederzulauf hatten, und der Zersplitterung des Betriebsrates durch die IG Metall. Bei uns hat die IG Metall ja kein Streikgeld bezahlt es war ja auch kein Streik. Sie hat aus einem anderen Grund viele Mitglieder erhalten. Es ging um die Vorfinanzierung des Insolvenzausfallgeldes durch den Insolvenzverwalter, der konnte kein schlüssiges Konzept vorlegen und somit wurde die Vorfinanzierung abgelehnt. Dann hat man sich relativ weit aus dem Fenster gelehnt, indem man gesagt hat, es gibt noch einen IG MetallFonds, wo eventuell Gelder fließen könnten. »Könnten«. Dieser IG MetallFonds besteht aus ehemaligen FDGBGeldern, die irgendwie umgewandelt wurden durch die Treuhand und sich jetzt irgendwo sonst befinden. Dann wurde gesagt, es könnte ein zinsloses Darlehen geben, um die Zeit zu überbrücken, weil sich die meisten Leute ja arbeitslos

melden mussten, weil sie kein Geld hatten. Und da hat man mit dieser »Motivationshilfe« Mitglieder geworben, indem man gesagt hat, wenn es Gelder aus dem Fonds gibt, dann natürlich nur für IG-Metall-Mitglieder. Und plötzlich hatten wir einen Organisationsgrad bei der IG Metall von um die 90 Prozent. Weil die Leute praktische Hilfe brauchten. Und die hat die IG Metall angeboten, indem sie gesagt hat, sie versucht aus dem Fonds was locker zu machen. Da gab es die Aussage, die Sache sei jetzt zu 95 Prozent durch und es gäbe nur noch Rechtliches zu klären, man hat uns hingehalten. Und dann hieß es plötzlich, der Fonds ist tot, bzw. man versuche, auf ner anderen Schiene Kohle locker zu machen. Man hätte eigentlich wissen müssen, dass aus dem Fonds keine Gelder fließen können, weil der sich in der Umwandlung in eine Stiftung befindet. Mit solchen falschen Tatsachen hätte man gar nicht hausieren gehen dürfen. Deshalb ist es so, dass die IGMetall oder die Personen, die ihr vorstehen, in Misskredit geraten sind, das hat ihrem Ansehen in der Belegschaft geschadet. Das hat einen kleinen Bruch ausgemacht.«

Und welche Lehre habt ihr aus dem BSH-Streik gezogen?

Damals war es ja so, dass es diese Sternfahrt gegeben hat und die Busse waren schon unterwegs zur Zentrale, aber dann hat man so einen faulen Kompromiss ausgehandelt und daraufhin alle zurückgepfiffen; daraufhin haben sich viele abgewandt von der IG Metall. Ich möchte nicht sagen, bei uns war es das gleiche, aber man hat unter der Vortäuschung falscher Tatsachen versucht, die Position innerhalb des Betriebes und innerhalb des Kreisverbandes zu festigen. Und ist hinten runter gefallen. Das war nicht hilfreich. Und auch die Grabenkämpfe, dass man innerhalb des Betriebsrates eine Spaltung hervorgerufen hat, indem man mit etlichen Leuten vom Betriebsrat, die sehr, sehr IGMetall-freundlich waren, geredet und Sachen mit denen abgekaspert hat, und der Rest war außen vor. Das war auch nicht sehr hilfreich. Wenn sich nicht etliche Leute zurückgenommen hätten, hätten sie gesagt, normalerweise müsste man da jetzt austreten, aber das ist der Sache nicht dienlich, denn gerade bei einer Werksbesetzung muss eine klare Linie mitvorhanden sein bzw. eine Führungsebene, was der Betriebsrat ja war – wenn da vier oder fünf Leute ausgetreten wären, dann wäre es ein luftleerer Raum geworden, man hätte keine Beschlüsse mehr fassen und keine Verhandlungen mehr führen können. Da haben sich viele Leute zurückgehalten und gesagt: »Wir machen weiter und stecken was ein«. Da gab es viele Konflikte zwischen der IG Metall und Mitgliedern des Betriebsrates.

Habt ihr euch dadurch, dass ihr die BSH-Geschichte kanntet, von vornherein weniger auf die IGMetall verlassen?

Nein. Wir haben uns insgesamt sehr auf die IG Metall verlassen. Wie ich schon erwähnt habe: Am Anfang wären wir ohne die IG Metall gar nicht so weit gekommen. Deshalb kann man auch im Nachhinein nicht sagen, weil wir die BSH-Geschichte dann kannten, haben wir uns ablehnend verhalten. Wir haben uns keineswegs ablehnend verhalten! Sondern die IG Metall hat das im Nachhinein selber herausgefordert oder sagen wir begünstigt, dass viele Leute sich dann gefragt haben »Warum bin ich hier überhaupt eingetreten und warum haben die eigentlich so mit uns gespielt?« Damit müssen die selber klarkommen und das aufzuarbeiten ist nicht mein Problem.

Aber ihre Unterstützung in anderen Betrieben ist ja an sich hoch lobenswert, und bei denen klappt das ja vielleicht. Nur bei uns hat es nicht so richtig geklappt deswegen haben sie ja aber trotzdem durchaus ihre Berechtigung. Die möchte ich den Leuten nicht absprechen. Aber das, was sie an



Ansprüchen stellen, und das, was wir an Ansprüchen an sie hatten, ist sehr weit auseinander gegangen.

Gab es denn Gruppen, deren Auftreten euch zu dominant war? Ich denke da an den einen Aufruf, den Betrieb zu besetzen und in Selbstverwaltung weiter zu produzieren...

Viele Gruppen haben uns angetragen »Warum macht ihr euch nicht selbständig? Könnt ihr euch nicht vorstellen, so was wie in Argentinien auch zu machen?« Diese Anfragen waren vom ersten Tag an da. Erstmal konnten wir uns das gar nicht vorstellen und können es eigentlich auch immer noch nicht. Die Idee z.B. mit dem Café-Libertad-Kollektiv Hamburg – dassind acht Mitarbeiter, die den Laden in Selbstverwaltung machen, acht! Und die ganzen besetzten Betriebe in Argentinien – die haben ihre Betriebe besetzt, weil den Leuten gar nichts weiter übrig blieb, denen ging es ums nackte Überleben! Innerhalb Deutschlands so eine Selbstverwaltung mit 130 Mitarbeitern zu machen, ist illusorisch, deshalb konnten wir uns mit dieser Sache nicht anfreunden.

Dann gab es gegensätzliche Meinungen, gibt es auch immer noch. Wie das Flugblatt vom RSB zum Beispiel »Enteignet LoneStar«: Da ging es wirklich um die Aufforderung an unseren Staat: »Enteignet LoneStar, gebt das Geld dem Betrieb, jagt die Leute zum Teufel, solche Leute raus aus Deutschland!« Das ist nicht schlecht, aber ist leider nicht durchführbar. Wir waren und sind aber eigentlich für alles offen und haben uns alles angehört, nicht nur das, was die von uns hören wollten, sondern auch das, was diese Gruppen politisch verbreiten wollten. Deshalb hatten wir auch immer sehr viel Infomaterial, und ich kann nicht sagen, dass da was dabei war, was uns abgeschreckt hätte, oder wo ich sagen würde, mit den Leuten will ich nichts mehr zu tun haben. Wir sind auch nicht überrannt worden. Für die meisten war nur wichtig, dass wir das Werk besetzt halten, dass es einen sinnvollen Ausweg aus der Situation gibt und dass es irgendwie weitergeht. Da ist auch zum Teil kein großartiges politisches Interesse vorhanden gewesen.«

Die Strike Bike Produktion:

Kannst du beschreiben, wie es zu dem Stimmungswandel bezüglich des Strike Bikes kam?

L. schildert detailliert und ausführlich die Unterstützung, die die Besetzer vom Cafe Libertad in Hamburg, von der Radspannerei in Berlin, von der FAU und vom Anwalt der Belegschaft bekamen und sagt dann: »Was uns geholfen hat, war ein Artikel bei Spiegel-Online, viele Zeitungen haben für uns Werbung gemacht, natürlich über Labournet, die Junge Welt, die Jungle World. Über die FAU wurden sämtliche unabhängigen Fahrradläden mobilisiert, und die haben ihre internationalen Beziehungen nach Holland, Frankreich und Spanien spielen lassen. Und Italien, wo man ja auch viele kollektive Betriebe und Genossenschaften hat. In der Richtung ist viel passiert und durch Mundpropaganda. Hätten wir die Kontakte zur FAU nicht



Was hat euch das Strike Bike rückblickend gebracht?

Mit dieser Strike Bike Sache haben wir nochmal auf uns aufmerksam gemacht, national und international. Wir haben viele Solidaritätsschreiben bekommen, viele Bestellungen auch aus dem Ausland und und und. Die Woche war so ein Austesten, wie es hätte werden können, wenn es geklappt hätte. Die Produktion in »Selbstverwaltung« hat auch vielen von uns gezeigt, wie es eigentlich gehen könnte, wenn man das leisten könnte...

Meinst du nicht, dass das nur so funktioniert hat, weil von vornherein klar war, es geht nur eine Woche? Meinst du, es wäre überhaupt eine Möglichkeit gewesen für länger?

Nein. Wie vorhin schon gesagt: in diesem großen Rahmen von 120 Mitarbeitern hätte ich mir nicht vorstellen können, dass man das auf Dauer hinkriegen würde. Aber um für die ganze Sache ein Gefühl zu kriegen und um sie auszuprobieren, war es schon sehr gut. Als Erfahrung für uns, wie man so was machen könnte. Dadurch, dass jeder den gleichen Lohn gekriegt hat, gab's keine Unterschiede zwischen Gehaltsempfängern und Lohnarbeitern.

Hätten wir die Sache nicht angefangen am 10. Juli, dann wären die ersten jetzt schon in der Arbeitslosigkeit. Die Leute, die nur einen sehr geringen Kündigungsschutz hatten, die wären schon abgewickelt. Wir verabschieden uns jetzt auch fast in die Arbeitslosigkeit, aber es dauert halt länger. Das haben wir erstmal erreicht. Dadurch dass wir angefangen haben, haben wir auch erreicht, dass man auf uns aufmerksam geworden ist, und dadurch, dass wir das Ganze als Betriebsversammlung haben laufen lassen, das war, glaube ich, die längste in Deutschland haben wir auch gezeigt, dass es diese Gesetzeslücke immer noch gibt und dass man damit ganz schön lange durchhalten kann. ...

Was wir mit der Aktion erreicht haben – man ist auf uns aufmerksam geworden, und diese Leute, auch wenn wir denen nicht weh getan haben, haben gemerkt, dass wir uns nicht so einfach ins Bockshorn jagen lassen, sondern wir versuchen uns zu wehren im Rahmen unserer Möglichkeiten. Dass wir letztendlich nicht das erreicht haben, was wir erreichen wollten, nämlich den Erhalt der Arbeitsplätze, damit müssen wir halt leben und ich muss sagen: Letztendlich haben wir da nichts erreicht.

Was lief gut, was lief schlecht? Was würdet ihr wieder so machen und was, würdest du sagen, müsste man anders machen?

Wenn ich nochmal in eine ähnlich Situation kommen sollte, würde ich das, was wir gemacht haben, sofort wieder machen. Nicht alles. Ich würde auf alle Fälle mit der ganzen Sache früher anfangen, um wem weh zu tun. Wir haben schlicht und ergreifend zu spät mit angefangen und haben letztendlich keinem weh getan. Wir hätten wem weh tun können, wenn wir aus der laufenden Produktion heraus angefangen hätten, als wir noch Material gehabt und noch produziert haben. Dann wäre es um MIFA Aufträge gegangen und richtig um Kohle! Wir haben die ganze Lage im Prinzip von Anfang an verkannt, weil wir zu gutgläubig waren und uns von unserem letzten und vorletzten Geschäftsführer haben einlullen lassen, ...

Ebenfalls ein gravierender Fehler war, dass wir sämtliche Materialien, die die MIFA erworben hatte, haben abtransportieren lassen, ohne was dagegen zu machen.

Euer Konzept war ja Öffentlichkeit. Ihr meintet damals, das sei das, was ihr jetzt braucht, um eure Forderungen durchzukriegen. Öffentlichkeit habt ihr ja jetzt gehabt, gebracht hat sie euch aber wenig...

gehabt... Dadurch, dass das so eine kleine Gewerkschaft ist, hat man auch keine langen Entscheidungswege, sondern kann alles schnell und problemlos lösen. Mit einer größeren Gewerkschaft hätten wir das nicht geschafft. Mit der IG Metall wäre das z.B. unvorstellbar gewesen, weil man sich von der Planung bis zur Fertigung durch die Etagen hätte durchfragen können, ob wir das machen können, dann würde irgendwo eine Entscheidung getroffen und die käme ein, zwei Monate zu spät. Deshalb war das bloß mit der FAU möglich.«...

Die Frage ist, ob bei der Selbstverwaltung auch was qualitativ Neues entstanden ist, oder ob ihr eure Strukturen beibehalten habt und genauso weiter gemacht habt wie vorher – nur eben »freiwillig«.

Wir haben im Prinzip genauso weiter gearbeitet, wie wir damals gearbeitet haben, bloß dass wir zum ersten Mal wussten, wofür. Es gab einen guten Stundenlohn und es hat auch viel mehr Spaß gemacht. Und warum soll man Kollektive, die zum Teil jahrzehntelang zusammen gearbeitet haben, auseinanderreißen? Die kennen sich doch am besten, wie z.B. wir am Montageband. Wir sind ein gutes Team, die meisten sind Mitglieder des Vereins. Warum sollen wir jetzt Strukturen auseinanderreißen, wo wir doch wissen, dass wir uns hier aufeinander verlassen können?

Selbstverwaltung hieße aber schon, dass Leute zusammensitzen und gemeinsam beraten, welche Wege eingeschlagen werden... Das habt ihr nicht so richtig gemacht...

Nee, aber da muss man zu sagen, das war aus der Not heraus, dass wir nicht soviel Zeit gehabt haben, um viele Sachen auszudiskutieren bzw. um erstmal unseren Weg zu finden bzw. unsere eigenen genossenschaftlichen Gremien zu organisieren oder zu integrieren. Dafür gab es keine Zeit, denn es lief darauf hinaus, dass wir eine Woche produzieren. Wir haben ganz einfach keine Zeit gehabt. Es ist ein wunderschöner Ansatz, die Selbstverwaltung, aber manchmal wie in unserem Fall muss man Kompromisse machen, indem man alte Strukturen belassen hat, weil die haben sich bewährt. Das Ganze läuft jetzt nur nicht mehr unter der Knute des Erfolgsdrucks, sondern es geht, ein völlig normales Tempo und ein anderes Miteinander einzuschlagen.

Ihr werdet aber überall als die besetzte Fabrik gesehen, die in Selbstverwaltung weiter produziert hat. Das ist ja nicht ganz falsch, aber eben auch nicht ganz richtig.

Nee, es ist nicht falsch und es ist auch nicht richtig. Was wir gemacht haben, ist, wir haben uns selbst verwaltet. Wir haben eine Produktion aufgezogen ohne Geld und aus dem Stegreif. Das ist uns gelungen.

Aber ihr habt ziemlich ähnliche Sachen gemacht wie vor der Selbstverwaltung.

Ja, genau. Und wir haben zum Teil mehr gemacht, als wir vorher gemacht haben. Und das alles freiwillig. ...

Die Stilllegung des Betriebes war ja schon im Vorfeld beschlossene Sache. Wir haben zwar öffentlichkeitswirksame Aktionen gehabt und waren im Fernsehen und in der Presse, aber letztendlich haben wir keinerlei Unterstützung von der Landes- und der Bundespolitik gehabt. Wir sind nur ein kleiner mittelständischer Betrieb, der sich zwar im Rahmen seiner Möglichkeiten gewehrt, aber von Seiten der Politik nie eine Chance gekriegt hat. Keine finanzielle Unterstützung, obwohl das relativ leicht gewesen wäre. Aber selbst unser Wirtschaftsminister, Herr Reinholz, hat uns damals gesagt, er könne da überhaupt nichts tun. *»Es gibt zu viele Betriebe, die Fahrräder produzieren, das ist jetzt ganz normal, dass ein Betrieb auf der Strecke bleibt, das rentiert sich halt nicht und er kann da auch nichts machen«*. Aber im Gegensatz dazu hat der Herr Reinholz in den letzten Wochen und Monaten genug Landesgelder bei neu gegründeten Betrieben oder Modernisierungen verheizt, nur für uns hat es halt nicht gereicht. Ein Redakteur vom Neuen Deutschland, Herr Öttinger, hat mal ausgerechnet, was der Staat jetzt bei uns zuschießen muss, wenn wir abgewickelt und arbeitslos werden...

Würdet ihr euch nochmal an die Politik wenden? Würdet ihr das den nächsten, die dran sind, mitgeben wollen?

Wenn wir jetzt ein Betrieb gewesen wären von 500 oder 1000 Leuten, dann glaube ich schon, wäre die Politik hellhörig geworden. Aber bei einer Belegschaft von 124 Leuten, das ist ein Fliegenschiss. Keinen Politiker interessiert so was.

Deswegen waren die einfach die falschen, oder?

Ja. Total. Wenn man was in diesem Staat bewegen will, kann man das nur über linke Kräfte und die sind momentan nicht in der Lage etwas zu verändern, weil sie nicht in dieser Position sind.

Wart ihr euch denn immer einig über die Strategie, dass ihr niemandem weh tun wolltet, oder gab es Leute, die mehr machen wollten, und andere, die klare Grenzen gesetzt haben.

Es gab viele, die klipp und klar gesagt haben, was wir hier machen ist Kinderkram. Wir tun doch gar niemandem weh.

Einer von Euch hatte bei unserem ersten Treffen Lust gehabt, zur MIFA zu fahren. Du ja auch. Aber er meinte, es gäbe hier Entscheidungsstrukturen und man könne so was zwar vorschlagen, aber es wird deswegen noch lange nicht gemacht und er bekäme Ärger, wenn er das einfach so macht. Als wir später vorgeschlagen haben, zusammen mit dem Auto hinzufahren, wollte keiner mehr. Gab es da offene Konflikte oder war das eher ein Unterordnen unter die Leute, die das entscheiden?

Was ein Fehler war: Man hätte die Entscheidungsstrukturen früher aufbrechen und sich mehr öffnen müssen und nicht nur im kleinen Gremium des Betriebsrates viele Sachen regeln sollen. Das ist ein Fehler, den man nicht machen sollte. Es wurde zu viel im kleinen Kreis geredet, und da sind etliche Sachen, Vorschläge auf der Strecke geblieben. Das ist unumwunden ein großer Fehler gewesen.

Man hätte mehr Potenzial gehabt bzw. mehr Vorschläge aufnehmen müssen, was wir nicht gemacht haben. Da war die innere Zerstrittenheit des Betriebsrates natürlich nicht gerade förderlich. Der eine Teil hat irgendwo gesessen und getüftelt, und die anderen waren auf dem Hof. Ein paar aus der Belegschaft haben das natürlich mitgekriegt, dass es da innerhalb des Betriebsrates Unstimmigkeiten gibt, und das ist auch nicht gerade gut gewesen für die Entscheidungsfin-

dung und die Moral der Leute, weil die sich ja all die Jahre, wo wir einen funktionierenden Betriebsrat hatten, auf die Leute verlassen haben. Man hat sich während der ganzen »Werksbesetzung« immer drauf verlassen – irgendwie werden die das schon regeln. Dass man dann irgendwann in seinen Entscheidungen und dem, was man sagen und nicht sagen kann, eingegrenzt ist durch irgendwelche Zwänge oder Missstände innerhalb des Betriebsrates, war natürlich nicht förderlich. Und dass viele Vorschläge von Seiten der Belegschaft kein Gehör gefunden haben... gut... würde man nicht wieder so machen. Aber das war natürlich auch für jeden bequem, der da draußen gesessen hat! Der hat sich ganz einfach gesagt *»Na, die kümmern sich schon«*. Man hat sich ganz einfach drauf verlassen, dass das funktioniert. Genau wie die eine Frage von dir, als hier Insolvenz angemeldet war: *»Warum sitzt ihr dann hier?«* *»Na, weil's der Rechtsanwalt gesagt hat.«* Das war ein ganz typisches Beispiel. Irgendwer wird schon was sagen, wir haben das immer so gemacht und dann machen wir das auch. Hinter vielen Sachen in diesen 115 Tagen steht bei vielen überhaupt kein politischer Wille. Für viele war es der alte Trotz, und wenn jemand sagt *»Setz dich da hin!«*, dann setz ich mich hin. Wenn einer sagt, *»Ab morgen brauchst du nicht mehr kommen«*, dann wären sie zum Teil heimgegangen. Eine Struktur oder so was wie politisches Bewusstsein ist bei etlichen Leuten nicht vorhanden gewesen. Ich glaube, einige sind sich gar nicht dessen bewusst, was in diesen 115 Tagen und vor Allem während der Strike BikeProduktion abgelaufen ist, und was wir eigentlich erreicht haben. Die haben sich einfach drauf gefreut, wieder Räder zu produzieren. Dass die Produktion auf absolute Solidarität aufgebaut ist und wir uns mit der ganzen Aktion einen Haufen Sympathie erworben haben, ist bei vielen gar nicht angekommen.

Und was war gut? Was habt ihr gelernt?

Gut war: wir haben innerhalb dieser relativ langen Zeit uns unwahrscheinlich viel besser kennen gelernt. Den Zusammenhalt hat das unheimlich gefördert, und wir haben voneinander viel gelernt bzw. Stärken und Schwächen kennen gelernt, die wir vorher nicht gewusst haben. Da hat jeder seine Arbeit gemacht, zum Teil in verschiedenen Abteilungen, und dann Schluss gemacht und ist nach Hause gegangen und das war's. Dadurch, dass das jetzt so eine lange Zeit war, hat man sich selbst und die anderen viel besser kennen gelernt.

Was würdet ihr den nächsten Streikenden mitgeben können?

Dass wir's ganz einfach gemacht haben. Dass wir trotz vieler Rückschläge, die wir hatten, trotzdem über all die Zeit immer noch einen sehr guten Zusammenhalt hatten. Die nächsten sollen es einfach auch versuchen und besser machen als wir... Was kann man von uns lernen? Ich würde sagen, die nächsten sollen aus unseren Fehlern lernen und es besser machen. 15. November 2007 ■





■ DER WEITERE NIEDERGANG DER GEWERKSCHAFTEN IST VORPROGRAMMIERT

»Nur nicht den Bogen überspannen«

Am 20. und 21. Oktober 2007 fand die diesjährige Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme statt. An ihr nahmen auch Delegierte der Gruppe Arbeiterpolitik teil. Wir dokumentieren hier das Referat zu den Gewerkschaften, das auf dieser Konferenz gehalten wurde.

Der Konjunkturtrend des vergangenen Jahres hat sich 2007 bestätigt. Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosenzahlen gehen zurück, ja es wird sogar über Fachkräftemangel geklagt. Die Bourgeoisie und ihre Medien überschlagen sich fast vor Jubel und die Regierung vor Selbstlob. Selbst der Außenminister mischt sich ein, schließlich will er Stellvertretender Parteivorsitzender werden und meint deshalb wirtschaftspolitische Kompetenz zeigen zu müssen. Im Spiegel gibt er seine Erkenntnisse zum Besten: »Ich würde es das dritte deutsche Wirtschaftswunder nennen«. Wiederaufbau und die deutsche Wiedervereinigung waren für ihn die beiden ersten. Für das dritte ist die Politik Gerhard Schröders und dessen Agenda – Politik verantwortlich. »Darauf kann die SPD bis heute stolz sein«, meint deshalb Steinmeier.

Auch Merkel liegt stolz in der Konjunktursonne. Obwohl für sie noch vor einem Jahr Deutschland ein »Sanierungsfall« war, ist die Welt jetzt wieder in Ordnung. Natürlich führt sie und der ganze schwarze Verein, die brummende Konjunktur auf das segensreiche Wirken ihrer Kanzlerschaft zurück. Unisono wird jetzt bei den bürgerlich politischen Akteuren die Auffassung verlautbart, dass nun auch bei den Arbeitnehmern der Aufschwung ankommen müsse.

Offensichtlich spürt man in diesen Kreisen, dass es zwischen der realen ökonomischen Entwicklung und der realen Lage der abhängig beschäftigten Klasse einen Widerspruch gibt, der keinen geringen sozialen Sprengstoff beinhaltet. Den Kapitalisten und Reichen geht es immer besser, während es dem Rest der Bevölkerung immer schlechter, aber auf jeden Fall nicht besser geht. Auf Dauer lässt sich

dieser Widerspruch weder durch die Blöd-Zeitung noch durch andere Verdummungsmedien verkleistern. Sollte es aber zu größeren sozialen Konflikten kommen, müssen diese für die Herrschenden steuerbar sein. Nicht zuletzt dazu dient jetzt die Show, die abgezogen wird. Man versucht sich auf kommenden sozialen Konflikten einzurichten und stellt sich deshalb jetzt formal an die Seite der »kleinen Leute«, um zu einem notwendigen Zeitpunkt Einfluss auf sie zu haben. Und sollte das nicht genügen, baut man die demokratischen Grundrechte noch weiter ab und stärkt den staatlichen Repressionsapparat, wie es zurzeit von Schäuble und Konsorten geplant und betrieben wird. Für die Öffentlichkeit tut die Bourgeoisie so, als wäre das jetzige Wirtschaftshoch eine nicht enden wollende Erscheinung; ein Wirtschaftswunder eben, wie Steinmeier sagt. Aber sie wissen sehr wohl, dass die momentane Konjunktur nichts anderes ist, als ein zyklisches Hoch, eine Gesetzmäßigkeit also, die in der Natur der kapitalistischen Ökonomie liegt. Und wie jedem Hochdruckgebiet ein Tief folgt, folgt der jetzigen Hochkonjunktur die Krise, unabhängig der möglichen Gefahr eines großen Crashes, ausgelöst durch die US-Immobilien- und Finanzkrise.

Es ist deshalb für uns erforderliche, die ideologischen Nebelschwaden zur Seite zu schieben und die Wirtschafts-, Job- und Konjunkturwunder einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

In der BRD gibt es heute, je nachdem welche Statistik zu Grunde gelegt wird, rund eine Million Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Und Ökonomen, sowie die Arbeitsagentur in Nürnberg, gehen davon aus, dass es noch zu einer weiteren Verringerung kommt. Allerdings bedeutet das nicht, dass in diesem Zeitraum eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze entstanden ist. Nach der Statistik der Nürnberger Arbeitsagentur stieg die Zahl der tatsächlichen Erwerbstätigen lediglich um 550tausend. Der Grund: viele Arbeitslose werden aus der Statistik herausgerechnet. So werden z. B. alle Menschen die in einer Maßnahme der

Agentur sind in der Statistik nicht berücksichtigt. Außerdem spielt die demographische Entwicklung eine Rolle. Viele ältere Arbeitslose wurden mit 60 Lebensjahren, mit den entsprechenden Abschlägen in die Rente gezwungen.

Unterzieht man aber die tatsächlich neu entstandenen Arbeitsplätze einer näheren Betrachtung, stellt man fest, dass rund die Hälfte davon als prekär bezeichnet werden müssen. Der Löwenanteil der prekären Arbeitsplätze fällt auf Leiharbeiter-Jobs. Sie sind für die Unternehmer billiger (Leiharbeiter erhalten 20 bis 40 Prozent weniger) und können bei nachlassender Konjunktur problemlos »entsorgt« werden.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist die Politik. Durch die so genannten Reformen der Neoliberalen, werden heute immer mehr Mensch gezwungen, unter den miesesten Bedingungen zu arbeiten: als Leiharbeiter, befristete Beschäftigte, Scheinselbständige, Niedriglöhner und Minijobber.

Es gibt heute bereits sieben Millionen Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten. Dabei sind das nicht, wie es der Öffentlichkeit immer vorgegaukelt wird, Geringqualifizierte. Zwei Drittel haben eine abgeschlossene berufliche Ausbildung und zehn Prozent sind sogar Akademiker. Eine hohe Qualifikation ist heute also kein Schutz mehr vor der Arbeitslosigkeit. Ist diese und Hartz IV erst einmal Realität, entsteht der Zwang in schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, mit dem Effekt, dass die wirklich gering Qualifizierten noch weniger eine Chance haben, jemals wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Von den beschworenen Wundern kommt bei diesen Menschen also gar nichts an und bei dem Rest der Arbeiterklasse nur wenig. So sagen 36 Prozent, es gehe ihnen schlechter als im Vorjahr und rund 50 Prozent können keine Verbesserung ihrer Lage feststellen. Lediglich 12 Prozent geht es 2007 besser. Und nur ein ganz kleiner Kreis von Reichen und Superreichen fühlt sich wie im Wirtschaftswunder. Dazu gehören nicht zuletzt die Chefs der großen Aktiengesellschaften. Sie haben in den letzten fünf Jahren ihre Vorstandsbezüge verdoppelt. Ihr Jahreseinkommen liegt bei rund vier Millionen Euro – im Durchschnitt. Dafür müsste eine gut verdienende Verkäuferin 150 Jahre lang arbeiten!

Diese Entwicklung zeigt, wem der Aufschwung nützt und wem nicht. Trotz Superprofiten in den vergangenen Jahren, stagnieren und sinken die Realeinkommen der Arbeiterklasse. So hatte 1996 ein Beschäftigter im Durchschnitt netto ein Entgelt von 1.367 Euro zur Verfügung. Heute sind es nur noch 1.320 Euro. Das, obwohl der jährlich zu verteilende gesellschaftliche Reichtum in diesem Zeitraum um 85 Milliarden Euro gestiegen ist. In die Staatskasse ist dieser Betrag nicht geflossen. Im Gegenteil! Die Steuerquote ist in dem Zeitraum deutlich gesunken, was mit die Ursache ist, dass die Sozialsysteme ins Wanken kommen.

Kassiert haben alleine die Kapitalisten. Sie haben den gesamten Zuwachs der vergangenen Jahre in die eigene Tasche gesteckt und zusätzlich zu den 85 Milliarden Euro auch noch 12 Milliarden Euro von den abhängig Beschäftigten kassiert. Trotzdem sind sie immer noch nicht zufrieden. »Steuern und Sozialabgaben runter« fordern die Unternehmerverbände und ihre Ökonomen. Tatkräftig unterstützt werden sie dabei von der Blödzeitung die im September den »Nettolohn-Skandal« entdeckte und den Versuch startete, sich mit der Forderung nach Steuersenkungen und Senkung der Sozialabgaben bei den Beschäftigten einzuschleimen. Es werden leider nicht wenige abhängig Beschäftigte der Argumentation ihrer eigentlichen Gegner folgen, weil sie nicht erkennen, dass die Senkung der Sozialbeiträge eine Lohnsenkung ist, und die Senkung der Einkommenssteuer, den weiteren Abbau der Sozialleistungen bedeutet.

Die einzige Möglichkeit die Lohnstagnation und den Lohnabbau zu beenden ist, dass die Arbeiterklasse tatsächliche Entgelterhöhungen durchsetzt und für den Dumpinglohnbereich ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt wird. Doch das ist leichter gesagt als getan. Für beides braucht man organisierte Kraft. Und diese ist im Moment nur bedingt vorhanden. Dafür gibt es objektive und subjektive Gründe. In den zurückliegenden Jahren wurden die Gewerkschaften von der Kapitaloffensive regelrecht überrollt. Massenentlassungen, Produktionsverlagerungen, Tariffucht, Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit, standen und stehen noch auf der Tagesordnung. Zusätzlich kam in den letzten Jahren, trotz der Export-Weltmeisterschaft der Industrie, eine unzureichende Binnenkonjunktur hinzu, was bei einer sinkenden, bzw. stagnierenden Lohnquote nicht verwunderlich ist.

Die Gewerkschaften sahen das Problem durchaus. Ihre Argumentation ging deshalb die ganzen Jahre immer in die Richtung der Notwendigkeit deutlicher Lohnerhöhungen. Argumentiert wurde dabei weniger mit der Interessenslage der Mitgliedschaft, sondern vielmehr mit der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, die Binnenkaufkraft zu stärken und damit die Konjunktur zum Laufen zu bringen. In der gewerkschaftlichen Praxis entstand dabei eine Diskrepanz zwischen der theoretischen Einsicht nach kräftigen Lohnerhöhungen und der konkret aufgestellten Tarifforderung. Diese blieb immer unter der theoretischen Notwendigkeit. Das führte zu dem Resultat, dass die Tarifabschlüsse schließlich brutto auf dem Niveau der Inflationsquote, bestenfalls geringfügig darüber lagen.

Dass es gegen diese Politik an der Basis nicht zu massenhafter Empörung kam, ist darauf zurückzuführen, dass die Massenarbeitslosigkeit, aber auch betrieblicher Druck auf Entgelte, Arbeitszeiten und die Arbeitsplätze selbst, ein riesiges, individuelles Bedrohungspotential darstellen, das außerordentlich disziplinierend wirkt. Die Stimmung in den Betrieben und der Mitgliedschaft war deshalb schon recht mies und wurde durch unzureichende Tarifabschlüsse natürlich nicht besser. Um dem aber entgegenzuwirken, wurden die Abschlüsse immer schön geredet und gerechnet. Das gilt auch aktuell. Der Tarifabschluss in der ME-Industrie in diesem Jahr ist ein anschauliches Beispiel dafür. Doch dazu später.

Als die Blöd-Zeitung im Auftrag der Kapitalisten den »Nettolohnskandal« aufdeckte und die Forderung nach weiteren Steuersenkungen platzierte, um innerhalb der Arbeiterklasse Unterstützung dafür zu bekommen, fühlte sich besonders Müntefering ungerecht behandelt. Empört wies er die Anschuldigungen zurück. Die Löhne seien auch real deutlich gestiegen, zwar nicht so stark wie die Produktivität, aber sie seien gestiegen. Das würde die heutige Konjunktur beweisen, meinte Müntefering. Insbesondere die Tarifrunden 2006 und 2007 hätten deutliche Kaufkraftzuwächse gebracht, was man an der Binnenkonjunktur feststellen könne. Diese These wird so auch weithin von der bürgerlichen Politik, ihren Medien und Ökonomen vertreten. Sie ist aber bei näherer Betrachtung nichts mehr als eine Legende.

In den vergangenen zwei Jahren konnte nur die IG Metall und die IG BCE Entgelterhöhungen durchsetzen, die über der Inflationsquote lagen. Im Jahr 2006 lag die Steigerung im Zuständigkeitsbereich dieser beiden Gewerkschaften bei ungefähr drei Prozent. Die Steigerung der Einkommen in allen Branchen, also inklusive des Metall- und Chemiebereichs, lag bei 2 Prozent. Das heißt, dass die Entgeltzuwächse bei der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten zum Teil deutlich unter der Inflationsrate lagen und dadurch die Reallohne gesunken sind. Lediglich in den exportorientierten



Branchen kam es zu Bruttoerhöhungen, die über der Inflationsquote lagen. Aber auch hier kam es nicht zu einer realen Verbesserung. Das »Mehr« im Geldbeutel wurde und wird durch die so genannten Reformen und Steuererhöhungen wieder aufgefressen, z. B. durch die MWSt – Erhöhung, durch die Gesundheitsreform oder den Wegfall der Pendlerpauschale.

Trotzdem sprechen nicht nur bürgerliche, sondern auch gewerkschaftsnahe Ökonomen von einer Trendwende. Das hört und glaubt man in den Gewerkschaftsvorständen natürlich gerne. Und man will dort subjektiv auch eine solche Trendwende. Man weiß dort, dass nur durch materielle gewerkschaftliche Erfolge der rapide Mitgliederschwund gestoppt und damit die Organisationen stabilisiert werden können. »Jetzt sind die Arbeitnehmer dran«, meint im Frühjahr dieses Jahres Jürgen Peters von der IG Metall. Und DGB-Sommer hat wegen der guten Konjunktur das Jahr 2007 zum »Jahr der Arbeitnehmer« ausgerufen.

Der IG-Metall-Vorstand hat dann Anfang Februar den Tarifkommissionen empfohlen eine Forderung von 6,5 Prozent mehr Geld bei einer 12monatigen Laufzeit des Tarifvertrags aufzustellen. Der IG Metall-Vize Bertold Huber begründete in der Metallzeitung die Forderung so: »Wir bewerten, wie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist und wir bewerten, wie es der Branche geht. Beides ist hervorragend. Wir haben eine stabile wirtschaftliche Aufwärtsbewegung. Die Produktivität der Metall- und Elektrobranche soll in 2007 um etwa 4,5 bis 5,5 Prozent steigen. Das sind gute Bedingungen für eine angemessene Entgeltforderung: nämlich 6,5 Prozent«. Geht man von einer durchschnittlichen Produktivitätssteigerung von 5,5 Prozent und einer Inflationsrate von 2,5 Prozent aus, hätte die IG Metall in diesem Jahr eine Entgelterhöhung von 8,5 Prozent durchsetzen (!) müssen. Das wäre dann noch immer eine so genannte verteilungspolitisch neutrale Erhöhung gewesen. Das heißt, bei einer solchen Erhöhung, wäre für die Kapitalisten der einbehaltene Mehrwert aus der Arbeit der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Es wäre also zu keiner, wie das in den Gewerkschaften zu frühen Zeiten immer genannt wurde, Umverteilung zugunsten der Werkstätigen gekommen. Huber hat in seiner Begründung ein solches Element stillschweigend fallen lassen. Dabei war in der Vergangenheit ganzen Generatio-

nen von Gewerkschaftsfunktionären beigebracht worden, wie Forderungen aufgestellt werden: nämlich aus der Berücksichtigung der Inflationsrate plus der Produktivitätssteigerung und einem Umverteilungsbeitrag. Dass dieser Umverteilungsbeitrag von Huber nicht erwähnt wurde ist kein Zufall. Es entspricht der Praxis aller Gewerkschaften in den vergangenen Jahren, mit der man die Behauptung der Kapitalisten stillschweigend anerkennt, wonach die deutsche Industrie aufgrund der hohen Löhne ein »Wettbewerbsproblem« habe.

Sicher ist es so, dass in den zurückliegenden Jahren, hohe, an der Interessenslage der Mitgliedschaft ausgerichtete Forderungen, aufgrund der gewerkschaftspolitischen Kräfteverhältnisse schwierig durchzusetzen gewesen wären.

Aber es muss schon die Frage gestellt werden, warum bei der jetzigen Konjunkturlage selbst die Forderung unter dem verteilungsneutralen Rahmen bleibt. Wann, wenn nicht jetzt können von den Kapitalisten erzwungene Lohn-einbußen ausgeglichen werden?

In »Metall« wird dann Huber gefragt: »Will die IG Metall dieses Jahr auch einen Ausgleich für die höhere MWSt. fordern?«. Darauf Huber: »Nein, politische Entscheidungen haben auf die Höhe unserer Tarifforderung keinen Einfluss«. Welche Naivität, oder vielleicht besser gesagt, welche Durchtriebenheit! Gerade von den Gewerkschaften, auch von Huber, wird die Umverteilungspolitik der Bundesregierung zugunsten der Kapitalisten angeprangert. Und dann sollen politische Entscheidungen, bei denen die Arbeiterklasse zur Kasse gebeten wird, keine Rolle spielen?

20 Milliarden Euro wird durch die MWSt.-Erhöhung, hauptsächlich den abhängig Beschäftigten abgeknüpft. Gleichzeitig ist für neue Steuergeschenke an die Unternehmer Geld da. Mit der so genannten Unternehmenssteuerreform werden den Kapitalisten 10 Milliarden Euro, das ist die Hälfte dieser Steuereinnahmen, hinten rein geblasen. Aber für Huber spielt das keine Rolle!

8,5 Prozent bräuchten die Beschäftigten also um alleine den Status Quo zu halten. 6,5 Prozent wurden gefordert und 4,1 Prozent standen schließlich auf dem Papier. Und das, obwohl die Konzerne geradezu im Geld schwimmen.

Am 3. Mai kam es zum Abschluss im IG Metall Bezirk Stuttgart. Es ist ein verschachtelter Abschluss, der der Mit-

gliedschaft die eigene Begrenztheit verschleiert, und der Führung ermöglicht, voll des Lobes darüber zu sein. »Geschafft! Jetzt kommt dickes Plus in die Tüte«, betitelten die metallnachrichten das Tarifergebnis. Aber so dick ist das Ergebnis bei Leibe nicht! Es sind nur optisch 4,1 Prozent.

Der Abschluss setzt sich im Wesentlichen folgendermaßen zusammen: Die Monate April und Mai sind Nullmonate, für sie wird ein Einmalbetrag von 400,- Euro gezahlt. Ab Juni erhöhen sich die Entgelte um 4,1 Prozent und im nächsten Jahr ab Juni um weitere 1,7 Prozent (tabellenwirksam). Hinzu kommt im nächsten Jahr eine Einmalzahlung von 3,98 Prozent für die fünf Monate Juni bis Oktober, die aber ebenfalls nicht in die Tabelle eingehen. Die Gesamtlaufzeit beträgt 19 Monate. Lässt man also den Konjunkturbonus von diesem und dem nächsten Jahr beiseite, so muss man in Übereinstimmung mit Gesamtmetall folgende Rechnung aufmachen: Für die ersten 14 Monate sind es aufs Jahr umgerechnet 3,51 Prozent. Hierauf addieren sich dann die 1,7 Prozent und wir sind somit bei 5,21 Prozent für die 19 Monate. Auf's Jahr umgerechnet sind das also 3,29 Prozent (Gesamtmetall erklärt seine Rechnung nicht, kommt aber offiziell auf 3,3 Prozent).

Angesichts der wirtschaftlichen Lage in der ME-Branche also ein äußerst bescheidener Abschluss. Dabei waren, wie schon bemerkt, die gesamten Rahmenbedingungen für

die IG Metall so gut, wie schon lange nicht mehr. Schon vor dem Auslaufen der Friedenspflicht gab es Bewegung in den Betrieben. Es kam zu diversen Kundgebungen und die Stimmung war gut. Das spürten auch die Vertreter von Südwestmetall und Hessenmetall, die sich den Demonstranten vor den Verhandlungslokalen stellten. Die ab dem 29. April angelaufene Warnstreikwelle machte dann ausreichend deutliche, dass gehörig Dampf im Kessel war.

Aber schon am Mittwoch, dem 2. Mai, wurde in Funktionärskreisen bekannt, dass sowohl Kannegießer von Gesamtmetall, wie auch Peters und Huber vom IGM-Vorstand zum Verhandlungsort nach Stuttgart reisen würden, um hinter den Kulissen den Abschluss zu erleichtern. Genau genommen hatte es bis zur Entscheidung, dass man sich einigen will, also nur drei Warnstreiktage gegeben. So schnell ist seit vielen Jahren nicht mehr abgeschlossen worden. Es muss daher die gefragt werden, warum die IGM-Führung trotz der hervorragenden Voraussetzungen, den vorhandenen Rahmen nicht ausgeschöpft hat. Was waren aus ihrer Sicht die Gründe, auf die Kapitalisten Rücksicht zu nehmen? Das Wissen über die ökonomische Lage lag schließlich vor, die Kenntnis über die Mobilisierungsfähigkeit der Mitgliedschaft ebenfalls.

Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe

■ TARIFAUSEINANDERSETZUNG IM FINNISCHEN KRANKENHAUSWESEN

Gewerkschaftliche Drohung mit Massenkündigungen führt zu Ausnahmegesetz

Am 19. November, dem Tag vor dem Inkrafttreten der Massenkündigungen von gut 13.000 Beschäftigten der Krankenhäuser, befürworteten die Bevollmächtigten von Tehy, der Gewerkschaft des ausgebildeten Personals im Sozial- und Gesundheitswesen, den Vergleichsvorschlag des Schlichters im Konflikt mit den Kommunalen Arbeitgebern. Dieser Abschluss sieht eine Laufzeit von vier Jahren vor und eine Lohnsteigerung von insgesamt 22 bis 28 Prozent. Vorsitzende von Tehy ist Jaana Laitinen-Pesola, Mitglied der großbürgerlichen Regierungspartei, Nationale Sammlungspartei (Kokoomus), die den Finanzminister stellt, der zu Wahlzeiten die notwendige Verbesserung der Stellung des Pflegepersonals versprochen hatte, sich dann aber strikt gegen eine Verantwortlichkeit der Regierung aussprach und die finanzielle Belastung den Kommunen zuschob.

Bei uns bekannt wurde dieser Konflikt erst durch die Nachricht in wenigen deutschen Tageszeitungen und in der NZZ am Sonnabend, dem 17.11.2007. Im finnischen Reichstag war am Tag zuvor ein Gesetz verabschiedet worden, dass die Zwangsverpflichtung von Pflegepersonal zur Notversorgung in den Krankenhäusern vorsah. Dieses Gesetz wurde mit den Stimmen der vier Regierungsparteien, Zentrums- partei, Nationale Sammlungspartei, Grünen, Schwedische Volkspartei angenommen. Dagegen stimmten alle Vertreter der Opposition, einem ebenso buntem Konglomerat von Sozialdemokraten über Christdemokraten bis zu »echtfinnischen« Populisten.

Die Zwangsverpflichtungen sollten wirksam werden, falls die angedrohten Massenkündigungen vollzogen würden. Betroffen wären nicht nur kündigende Mitglieder, sondern auch bereits pensionierte und in anderen Berufen tätige Arbeitskräfte. Der Umfang sollte 10 bis 20 Prozent der Kündigenden umfassen. Damit wollte die Regierung nach eigener Aussage der bedrohlichen Lage, gerade für die

»meist Verteidigungslosen in der Gesellschaft«, wie Frühgeburten und Personen, die Intensivpflege benötigen, gerecht werden. Die Zwangsverpflichteten sollten eine übertarifliche Entlohnung erhalten.

Massenkündigung als Arbeitskampfmaßnahme

Bereits 1955 war es zu Massenkündigungen des organisierten Pflegepersonals gekommen; Resultat: Höhergruppierung der Betroffenen um zwei Lohnstufen. 1968 kam es zum ersten Streik im Pflegesektor mit der Forderung nach Erhöhung des Lohnniveaus und der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Beteiligt waren erstmals unterschiedlichste Organisationen, u.a. die der Krankenpfleger/innen, der Kindergärtner, Physiotherapeuten. Die erforderliche Zusammenarbeit führte im Jahre 1982 zur Gründung der gemeinsamen Organisation – Tehy. Sie organisiert Bioanalytiker und Laborpersonal, Akutpflegepersonal, Physiotherapeuten, Hebammen, Röntgenschwester usw. Tehy hat insgesamt 125.000 Mitglieder.

Die »Massenkündigung« sollte als Arbeitskampfmittel eingesetzt werden, um eine Verpflichtung zu Notstandsarbeiten zu umgehen. Wer nicht arbeitet, kann auch nicht verpflichtet werden. Diese Überlegungen sind Schlussfolgerungen aus missglückten Krankenschwesterstreiks vergangener Jahre, als ein Teil der Streikenden zu Notdienstarbeiten einberufen wurde.

Mit der Gesetzesänderung sollte diese Waffe entschärft werden. Doch war die Anzahl der Kündigungen zu hoch.

Diese Gewerkschaft ist nicht Mitglied des größten gewerkschaftlichen Zentralverbundes, SAK, der die klassischen Industriegewerkschaften verbindet, sondern des FTFC, (Finnlands Tjänstemannaförbund) der vornehmlich staatliches und kommunales Personal organisiert. Was führt aber eine Gewerkschaft gerade in diesem Bereich

dazu, deren Mitgliedschaft sich zu 94 Prozent aus weiblichen Mitgliedern zusammensetzt, mit der Massenkündigung als Arbeitskampfmaßnahme zu drohen?

Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst des kommunalen Sektors

Die Tarifrunde ab dem Sommer 2007 erfasste u.a. qualifiziertes Pflegepersonal, angelerntes Pflegepersonal, Bibliothekare und Lehrer. Drei Gewerkschaften waren beteiligt. Ende September kam es zu einem Auseinanderfallen der »Tariffrent«. Zwei Gewerkschaften erklärten sich zur Annahme des vorgelegten Angebots bereit, nur Tehy nicht. Das Abkommen sieht Lohnsteigerungen von ca. 11 Prozent vor, die Laufzeit beträgt 2 Jahre 4 Monate.

Bereits im März des Jahres hatte der Gewerkschaftsvorstand von Tehy seine Tarifvorstellungen formuliert. Sie wurde untermauert durch die Feststellung eines OECD-Reports über den vorbildlichen Charakter des finnischen Gesundheitswesens, der jedoch auf Kosten der geringen Bezahlung des Personals ginge, die lediglich 83 Prozent des durchschnittlichen OECD-Lohnes ausmache. So verdient eine vergleichbare Arbeitskraft in Schweden ca. 500 Euro mehr. Tehy forderte ein separates Lohnabkommen, das über die konjunkturbedingten Erhöhungen hinausgehe. Neben der obigen Begründung wurde der zunehmende Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal angeführt. Der Grundlohn einer examinierten Krankenschwester beträgt ca. 1750 Euro brutto. Am 15. Oktober beschlossen die Bevollmächtigten von Tehy den Arbeitskonflikt in Form einer Massenkündigung zum 19. November zu verschärfen. Über 13.000 Mitglieder im Bereich des Krankenhauswesens gaben ihr schriftliches Einverständnis zur Kündigung. Die drohenden Maßnahmen des Pflegepersonals wurden von der großen Mehrheit der Bevölkerung als gerecht empfunden. Diese Stimmung kippte auch nicht mit den angedrohten Schreckensszenarien und der beginnenden Evakuierung von Risikofällen in schwedische Krankenhäuser.

Die Forderungen von Tehy ...

Der Mindestlohn sollte nach der Erhöhung betragen für:

- Krankenschwestern, Röntgenschwester, Physiotherapeuten usw. 2.190 Euro
- Kinderschwester, Heimpfleger/innen, Krankenwagenpersonal usw. 1.990 Euro
- abteilungsleitende Schwestern 2.420 Euro

... das Ergebnis ...

Am 1. Dezember erfolgt eine Einmalzahlung von 270 Euro. Im Jahr 2008 werden die Löhne dreimal erhöht, um ein Gesamtvolumen von ca. 10 Prozent. Die restliche Erhöhung verteilt sich über die weitere Laufzeit von drei Jahren. Das Abkommen zwischen den Kommunalen Arbeitgebern und Tehy beinhaltet, dass die Tehy-Mitglieder am Ende der Laufzeit »aufgabenbedingt« 350 bis 650 Euro mehr im Monat im Vergleich zum 19.11.2007 bekommen.

... und der Haken beim Abschluss

In einem Kommentar des schwedischsprachigen VASAB-LADET vom 21.11.07 wird die Brisanz des Abkommens dargelegt. »Im Tehy-Abkommen findet sich am Ende eine Lohnhöhung, die ausbezahlt wird, wenn die Anzahl des Pflegepersonals nicht wächst. Zwei Prozent des Lohnes wird am 1. Mai 2011 nur bezahlt unter der Bedingung, dass das Volumen an Pflegepersonal im Jahre 2010 nicht größer war als es im Jahre 2006 war.«

Bisher wuchs das Personal jährlich um etwa 1500 Beschäftigte. Der Vorsitzende des Kommunalverbandes weist darauf hin, dass die Wohlfahrtsdienste voraussichtlich in

höherem Maße Dienste aus dem privaten Sektor in Anspruch nehmen müssen, um der zunehmenden Anzahl an Pflegebedürftigen gerecht zu werden. Der Kommentator dazu: Es ist interessant, dass die Regierung diesen Absatz trägt und regelrecht zu solch einer Entwicklung ermunterte. Das einzige – was man mit großer Verwunderung sehen muss – ist, wie die Regierung zu dem Abkommen mit Tehy beitrug: Es war das Versprechen, das der Staatsbeitrag nicht verringert wird, wenn das Personal verringert wird. Die Kommunen können selbständig über die Einsparungen verfügen.«

Bei einer Senkung des Personalvolumens durch die Kommunen werden die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt nicht verringert. Die durch den Vertrag entstehenden erhöhten Lohnausgaben jedoch werden den Kommunen nicht erstattet. Diese müssen durch die Erhöhung von Kommunalsteuern und erhöhten Gebühren für in Anspruch genommene Sozial- und Gesundheitsdienste kompensiert werden.

Der Kommentator abschließend: »Eine Konsequenz ist, dass die ideologischen Unterschiede in der Politik mit einem mal sichtbarer werden. Die Konturen der bürgerlichen Politik der Regierung wurden deutlicher. Die Regierung will kein Wachstum des Öffentlichen Sektors sehen sondern belohnt eher einen effektiveren Wohlfahrtsstaat.« Bei moderater Senkung der progressiv gestalteten Einkommensteuer, zwingt sie die Kommunen gleichzeitig, die nicht progressiv gestalteten Kommunalsteuern zu erhöhen. Dieses bedeute über längere Sicht: Menschen mit geringem Einkommen sind die Verlierer, und die soziale Kluft wächst. Dez. 07 ■

BRIEF AUS ENGLAND

Nach der Privatisierung der britischen Eisenbahn

Im Dezember herrschte auf Teilen des britischen Schienennetzes Chaos. In den Medien wurde das Problem diskutiert. Thematisiert wurde das Fehlen erfahrener Eisenbahner. In der Zeit vor der Privatisierung bildete die staatliche British Railways (BR) Lehrlinge und Arbeiter für die speziellen Arbeiten bei der Eisenbahn aus. Das tun die privaten Gesellschaften heute nicht, so dass hier ein Mangel herrscht. Auszubildende gehören seit Thatcher's Industriepolitik der Vergangenheit an. Es fehlt an Personal zur Unterhaltung des Schienennetzes, und wie die vielen Unfälle zeigen, haben die Beschäftigten der Privatfirmen nicht die erforderlichen Fachkenntnisse. Es ist schon manchmal komisch: Vor ein paar Jahren mussten private Gesellschaften Züge streichen, da ihnen Lokomotivführer fehlten. Zu Zeiten der BR fuhr ein Lokführer seinen Zug bis er abgelöst wurde, dann führte er einen Zug in eine andere Richtung, und hatte dann eine Ruhepause oder Zeit zum Schlafen. Heute fährt ein Lokomotivführer nur im Bereich einer der privaten Gesellschaften. Wenn nun eine Lokomotive unterwegs einen Schaden hat, ist es äußerst problematisch sie zu ersetzen. Anders zu Zeiten der BR: Vom Stellwerk aus wurde die Meldung weitergegeben und eine neue Lokomotive konnte kurze Zeit später angekoppelt werden.

Die Privatisierung wird sich zu einem großen Problem für die britische Wirtschaft auswachsen. Thatcher ließ sich in ihrer Politik von den Interessen der »City« (Londons Bankensektor) leiten; und Blair/Brown führen diese Politik fort. Personal nicht auszubilden, ist bereits zu einem großen Problem geworden. ■

In Erfurt steht ein Gewerkschafter vor Gericht, der nicht Opfer der Nazis sein will

Der erste Prozesstag im Verfahren der Nazis und der Erfurter Staatsanwaltschaft gegen den Gewerkschafter und Antifaschisten Angelo Lucifero wurde am 16. Januar von mehreren hundert Unterstützerinnen und Unterstützern begleitet. Wegen der momentanen Verhandlungsunfähigkeit Luciferos, der unter einem starken Tinnitus leidet, wurde der Prozess vertagt. Im Anschluss kam es zu einer spontanen Solidaritätsdemonstration durch die Erfurter Innenstadt.

Nicht nur, aber auch in Erfurt, ist Gewalt gegen Flüchtlinge, Migranten und Linke an der Tagesordnung. Mal fliegt ein Stein in eine Fensterscheibe einer sozialistischen Jugendorganisation, mal wird der Vorsitzende des Ausländerbeirates bedroht und tätlich angegriffen. Angelo Lucifero, Gewerkschaftssekretär bei ver.di, ist in den vergangenen paar Jahren fast vierzig Mal mit solchen Übergriffen konfrontiert worden: Morddrohungen, Manipulationen an seinem Auto, Drohungen gegen seine Lebensgefährtin. Mehrmals kam es auch zu körperlicher Gewalt durch namentlich bekannte Mitglieder der örtlichen Neonazi-Szene. Ein halbes Dutzend Mal wurde die Gewalt bei der Polizei angezeigt, doch in keinem Fall führten die Anzeigen gegen die Rechten zum Erfolg. Mehr als einmal waren bei den Übergriffen, die zum Teil bei Veranstaltungen in aller Öffentlichkeit stattfanden, Polizisten anwesend. In der Mehrzahl der Fälle griffen sie nicht ein. Irgendwann hat sich Angelo Lucifero eine Schreckschusspistole besorgt, um die Angreifer im Notfall auf Abstand halten zu können. Kurz darauf, am 15. März 2007, haben Erfurter Linke eine Demonstration gegen Rassismus und Antisemitismus veranstaltet. Ungefähr 25 Menschen kamen. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde hielt eine Rede. Die Veranstaltung wurde von örtlichen Nazis gestört, angegriffen, etwas, was in Erfurt und Umgebung recht häufig vorkommt. Die Situation war unübersichtlich, die Nazis schienen in der Mehrzahl zu sein. Wieder griffen sie Lucifero an. Er zog seine Schreckschusspistole. Die Nazis brachten die Sache zur Anzeige. Anders als in den meisten Fällen rechter Gewalt wurde der Sache von der Staatsanwaltschaft mit einigem Eifer nachgegangen. Schließlich handelt es sich bei Lucifero nicht nur nach Auffassung der Rechten um einen »bekannten Linksradikalen«, der seit vielen Jahren antifaschistische Aktionen unterstützt, sich mit den Opfern rechter Gewalt solidarisiert und der Widerstand für legitim hält und das auch sagt, obwohl er in einer Organisation beschäftigt ist, die mit solchen Dingen wenig zu tun haben will. Im Herbst 2007 kam ein Strafbefehl, ohne Prozess, per Post. Lucifero wurde hierin zu einem Jahr Freiheitsentzug auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen verurteilt. Weil er dies nicht akzeptieren konnte, legte er Widerspruch ein. Der erste Prozesstag wurde schließlich für den 16. Januar angesetzt.

Man sollte meinen dass dies Grund genug ist, um dem Gewerkschaftskollegen alle denkbare persönliche, politische und materielle Unterstützung zu gewähren. Einige meinten das auch. Mit Unterstützung der örtlichen »Gewerkschafter gegen rechts« und des Webportals labournet begann eine Solidaritätskampagne. Die Administration von ver.di Thüringen und ihr Landesleiter Voss denken jedoch anders. Im Dezember schickten sie Angelo Lucifero eine fristlose Kündigung. Die Begründung ist sehr unübersicht-

lich und im Augenblick nicht einmal schriftlich niedergelegt und weder juristisch noch politisch besonders beeindruckend. Alles in allem läuft sie auf den Vorwurf heraus, dass Lucifero in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär antirassistische Arbeit gemacht hat, namentlich Aktionen gegen Rassismus und Antisemitismus, Demos gegen Nazis in vielen Städten Thüringens, und zu diesem Zweck mitunter den Kopierer und die Frankiermaschine der Gewerkschaft benutzt haben soll. Bei der Kündigung mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Lucifero seit Jahren für eine basisdemokratische Gewerkschaftspraxis steht, mit Kampagnen für Mindestlohn und gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse aufgefallen ist, die ver.di überregional gerne propagiert, aber lokal manchmal zu arbeitsintensiv und konfliktuell findet. Natürlich jubelte die NPD öffentlich über dieses »Weihnachtsgeschenk«, die der Biedermann mit seiner Frankiermaschine ihr machte.

»In letzter Zeit hat die rechte Gewalt in Erfurt und Umgebung spürbar zugenommen« sagt Angelo Lucifero am Tag des Prozesses. Er plädiert dafür, sich mit einer Situation auseinander zu setzen, die in den Etagen von Gewerkschaftshäusern nicht spürbar zu sein scheint und auch beim ver.di-Bundesvorstand, der trotz heftiger innergewerkschaftlicher Proteste den gewerkschaftlichen Biedermann von Erfurt nach wie vor deckt, noch nicht angekommen ist. In Meinungsumfragen steht die NPD in Thüringen bei 9 Prozent. »Wir müssen etwas gegen die Nazis tun, sonst werden sie immer stärker«, sagt ein Kollege von den »Gewerkschaftern gegen rechts« am Rande der Kundgebung vor dem Erfurter Gericht. Und Julika Bürgin, ebenfalls seit vielen Jahren aktive Gewerkschafterin und Lebensgefährtin Luciferos, ergänzt, dass das wichtig sei, alle diejenigen zu unterstützen, die sich nicht zum Opfer machen lassen. Die örtliche Frauengruppe bei ver.di ist ihrer Meinung, ebenso die JUSOS und die Falken Thüringen, vor allem aber viele GewerkschafterInnen aus dem ganzen Bundesgebiet. Auf der Kundgebung zeigt sich das unter anderem durch die Anwesenheit von Metallern aus Jena, einer Druckerin aus Dresden, sogar einigen Leuten vom Jourfix Gewerkschaftslinker aus Hamburg. Eine Kollegin dieser Gruppe erklärt, dass es eine Schande sei, dass ver.di einen Menschen, der fast fünfzig Jahre Gewerkschaftssekretär ist, in seinem Kampf gegen die Nazis nicht unterstützen wolle. Und dann kommen sie, die Nazis, versuchen, in das Gericht zu gelangen, das eben seine Türen geöffnet hat. Die vielen Leute, die zur Unterstützung gekommen sind, verhindern, dass sie sich vordrängen. »Noch ist das nicht eurer Haus«, ruft einer. Drinnen ist der viel zu kleine Gerichtssaal ausschließlich mit Presse und UnterstützerInnen besetzt, immerhin ein kleiner Erfolg. Die Nazis müssen draußen warten, bis sie, falls sie zu diesem Zwecke anwesend sind, als Zeugen aufgerufen werden. Aber dazu kommt es nicht. Der Staatsanwalt nuscht die Anklageschrift herunter, so dass es selbst mit gutem Gehör schwierig ist, der perfiden Behauptung, dass es sich nicht um Notwehr gehandelt habe, zu folgen. Es stellt sich heraus, dass Lucifero angesichts seines Tinnitus das Genuschel nicht verstehen konnte. Vorläufiges Ende des Prozesses. Solidarität ist weiter nötig.

Weiter Hinweise und Möglichkeiten, Eure Solidarität zu zeigen findet ihr unter www.labournet.de.